

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April–Juni 2013



2 | 2013

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats
Internet	www.destatis.de
Schriftliche Anfragen	www.destatis.de/kontakt
Fragen zum Heft	„Informationen aus der amtlichen Statistik“ Nr. 2/2013 Telefon +49 (0) 611 / 75 45 51
Statistischer Informationsservice	Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
Erscheinungsfolge	vierteljährlich
Erscheinungstermin	Im Juli 2013
Fotorechte	©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2013	Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	<i>Seite</i>
Editorial	
Zensus 2011	5
Statistisches Bundesamt beim 1. Internationalen Deutschlandforum im Kanzleramt	6
60. Jahrestagung des Statistischen Beirats	6
Veranstaltungen und Besuche	
17. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 15./16. Mai 2013 in Luxemburg	8
Konferenz Europäischer Statistiker (CES) vom 10. bis 12. Juni 2013 in Genf	10
Sitzung des OECD-Statistikausschusses am 12. und 13. Juni 2013 in Genf	12
„Global Conference on the G-20 Data Gaps Initiative“ am 25. und 26. Juni 2013 in Washington D.C., USA	14
Amtsleiterkonferenz in Bremen	15
Das Statistische Bundesamt auf dem Zukunftskongress in Berlin	16
Mongolei-Projekt – 6. Leitungstreffen in Wiesbaden	17
Besuch aus China im Rahmen der chinesisch-deutschen Klimapartnerschaft	18
Stellvertretender Leiter des russischen Statistikamtes zu Besuch	19
Amtsleiterbesuch aus Frankreich	19
Präsident begrüßt EU-Trainees und Mentoren zu Erfahrungsaustausch	20
UNECE Work Session on the Communication of Statistics in Berlin	20
Soziale Medien – Gegenstand und Instrument der Forschung	21
Methoden der empirischen Sozialforschung in amtlichen Haushaltsstatistiken	22
Auf ein Wort	
Leiterin der Abteilung F – Dr. Sabine Bechtold	23
Fachspezifisches im Fokus	
Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland	26
Europa 2020: Fakten und Trends	28
Abschlussbericht der Enquete-Kommission verabschiedet	28
Jahresbericht 2012	29
Strategie und Programm: Was tut sich in der Statistik?	29
Jahresbericht: Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung	29
Bevölkerungsstatistik auf neuer Gesetzesgrundlage	31
Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	31
Steuerstatistiken: Umstellung auf jährliche Erhebung	32
Neue Kommunale Bildungsdatenbank verfügbar	33
Hochschulen auf einen Blick 2013	33
Ausgaben für öffentliche Schulen 2010	34

Inhalt

Elterngeld: Väterbeteiligung mit 27,3 % auf neuem Höchststand	35
Betreuungsschlüssel in Krippen: Im Westen besser als im Osten	35
Jobs ohne Befristung: Für viele Jungakademiker nur ein Traum	36
Erweiterter Tarifindex enthält erstmals Angaben zu Sonderzahlungen	37
Arbeitskosten in Deutschland und Europa 2012	38
T-Shirts, Jeans und Blusen – So viel Wasser steckt in unserer Kleidung	39
Verkehr auf einen Blick – Ausgaben 2013	39
46. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	40
Neuaufgabe der Regionalen Standards erschienen	41
Kontakt zur Redaktion	41
Personalnachrichten	
Statistischer Beirat	42
Statistisches Bundesamt	42
Anhang	
Tagungskalender	43
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juli 2013	47

Zensus 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,



es ist soweit: Die ersten Zensusergebnisse sind veröffentlicht! Die Nachricht, dass in Deutschland rund 1,5 Millionen weniger Menschen leben als bisher angenommen, verbreitete sich am 31. Mai in Windeseile. An diesem Tag stellten wir auf einer Pressekonferenz in Berlin die Ergebnisse der ersten Volkszählung in Deutschland nach über 20 Jahren vor.

Das Medieninteresse war entsprechend groß: Bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Pressekonferenz in Berlin hatten sich zwölf TV-Kamerateams vor dem Podium im Gebäude der Bundespressekonferenz postiert. Der Nachrichtensender N24 unterbrach für das rund 20-minütige Statement sogar sein laufendes Programm und sendete live von der Destatis-Pressekonferenz (einen ausführlichen Artikel finden Sie auf S. 26 in diesem Heft). Rund 100 weitere Journalistinnen und Journalisten folgten den Ausführungen und nutzten im Anschluss die Gelegenheit für zahlreiche Nachfragen. Diese wurden auch von Vizepräsident Dieter Sarreither und der zuständigen Abteilungsleiterin, Dr. Sabine Bechtold, beantwortet. Zahlreiche TV- und Hörfunk-Interviews mussten die Experten zudem unmittelbar im Anschluss bewältigen. Erstmals nutzten wir bei dieser Pressekonferenz auch die Gelegenheit, um live zu „twittern“. Bereits während der Pressekonferenz stieg die Zahl der sogenannten „Follower“ deutlich an.

Ein Großteil meines Hauses setzt sich seit Jahren mit großem Engagement für dieses ambitionierte und nicht immer einfache Großprojekt der amtlichen Statistik ein: Angefangen natürlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zensus-Fachbereiche und der Bevölkerungsfortschreibung in Abteilung F über die Abteilung C mit der mathematisch-methodischen Unterstützung und vielfältigen Dienstleistungen bei der Bereitstellung der IT-Verfahren, dem IT-Sicherheitsbeauftragten sowie der Abteilung B mit den Bereichen Pretest und Fragebogen, Zensuskommunikation, Internet, Informationsservice, Presse, Grafik und Design, Rechtsfragen, Sprachendienst, Abteilung A mit Personalbereitstellung, Raum- und Sicherheitskonzept und Druckerei sowie dem behördlichen Datenschutzbeauftragten. Auch viele Fachbereiche waren bei fachlichen Beratungen und der Qualitätssicherung der Konzepte und Ergebnisse beteiligt. Die Auskunftsdienste, unterstützt durch zahlreiche freiwillige Helfer aus anderen Abteilungen, schoben während der Erhebungsphase Sonderschichten. All diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für ihren unermüdlichen Einsatz.

Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, empfehle ich das Stöbern in der [Zensusdatenbank](#). Dort können Sie für jede Gemeinde detaillierte Ergebnisse nachschlagen und sich so über die Bevölkerung auch in Ihrer Nachbarschaft informieren. Vielleicht werden Sie überrascht sein...

Und wenn Sie weitere Fragen haben, nur zu: www.destatis.de/kontakt oder direkt unter der Rufnummer +49(0) 611 75 2405.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Statistisches Bundesamt beim 1. Internationalen Deutschlandforum im Kanzleramt

Am 5. Juni 2013 fand im Bundeskanzleramt in Berlin das 1. Internationale Deutschlandforum statt. In diesem neuen Diskussionsformat für Zukunftsfragen will Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gemeinsam mit Experten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung Ansätze für gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse und Innovationsvorhaben diskutieren.

Leitthema der 1. Veranstaltung war „Was Menschen wichtig ist – Lebensqualität und Fortschritt“. Mehr als 100 nationale und internationale Expertinnen und Experten diskutierten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtsminister Ronald Pofalla kulturell und regional unterschiedliche Ansätze zum Verständnis und zur Definition von Lebensqualität, Wohlergehen und Fortschritt sowie deren Messung anhand statistischer Indikatoren. Als Repräsentant für die Statistik nahm Präsident Roderich Egeler an der Veranstaltung teil.

Ferner präsentierte der i-Punkt Berlin an einem Informationsstand die einschlägigen Datensammlungen der amtlichen Statistik zur Messung von Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Wohlstand.

Insbesondere der [Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland](#), die neuen Broschüren [Europa 2020](#) (siehe S. 28 in diesem Heft) und [Qualität der Arbeit](#) (siehe [Heft 4/2012](#), Seite 24) sowie die Indikatorensysteme des Europäischen Statistischen Systems ([Quality of Life](#), [Nachhaltigkeit](#), [EU2020](#)) stießen auf großes Interesse bei den Standbesuchern. Diese Veröffentlichungen belegen die Kompetenz der amtlichen Statistik beim Monitoring von Zukunfts- und Fortschrittsindikatoren.

In ihrem Schlusswort betonte die Bundeskanzlerin die Rolle des Statistischen Bundesamtes, indem sie sich dafür aussprach, die entsprechenden Daten des Statistischen Bundesamtes auch weiterhin der breiten Öffentlichkeit zugänglich und verständlich zu machen.

60. Jahrestagung des Statistischen Beirats



60 Jahre Statistik für Bundeszwecke – das heißt 60 Jahre unabhängige, anerkannte Statistik zum Informieren, Planen, Forschen und Regieren bereitgestellt durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter begleitender Beratung durch den Statistischen Beirat. Im Jahr 2013, dem Internationalen Jahr der Statistik, feiern das Bundesstatistikgesetz und der Statistische Beirat ihr 60-jähriges Jubiläum.



Die 60. Jahrestagung des Statistischen Beirats fand am 23. Mai 2013 im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden statt. Auf der Agenda standen vielfältige Themen:

- **Fortentwicklung der amtlichen Statistik**
Der Beirat wurde über den Sachstand und das weitere Vorgehen bei der Umsetzung seiner Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik vom November 2012 informiert.
- **Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken**
Der Leiter des Projektes „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ erläuterte das Grundmodell für das neue System der amtlichen Haushaltsstatistiken. Der Statistische Beirat unterstützt das Projekt nicht nur im Hinblick auf die sich abzeichnenden neuen Anforderungen, sondern ausdrücklich auch bezüglich der angestrebten Qualitätsverbesserungen und begrüßt die geplanten Schritte zur zügigen Umsetzung.
- **Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 17. Legislaturperiode**
In allen vier Teilgebieten der im Februar 2010 abgestimmten Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik (Rechtlicher Rahmen, Entlastung durch effiziente Prozesse, Qualität und Methodik, Neue Informationsfelder/Erweiterung bestehender) konnten deutliche Fortschritte erzielt werden. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Novelle des Energiestatistikgesetzes und den Zeithorizont beim Gesetzgebungsprozess. Ausdrücklich gelobt wurde die erfolgte Umstellung der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung sowie der Handwerkszählung auf die ausschließliche Nutzung von Verwaltungsdaten.
- **Arbeiten der Fachausschüsse und Nutzerworkshops – Rückblick und Vorschau**
Der Statistische Beirat stimmte dem geplanten Veranstaltungskalender des Statistischen Bundesamtes zu und unterstützte den Vorschlag, den Facharbeitskreis „Methodik und Systematik der Finanzstatistiken“ aufzulösen. Die Themen des Facharbeitskreises werden im übergeordneten Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“ behandelt.
- **Zensus 2011**
Die Leiterin des Projektes „Zensus 2011“ erläuterte das geplante Vorgehen bei der Veröffentlichung der Zensusergebnisse am 31. Mai 2013. Nach der Veröffentlichung weiterer Ergebnisse Anfang 2014 werden zunächst Datensätze für die FDZ-On-Site-Zugänge (Gastwissenschaftlerarbeitsplatz und kontrollierte Datenfernverarbeitung) bereitgestellt.
- **Vorschläge der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“**
Ein Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes informierte über verschiedene Initiativen zur Messung von Wohlfahrt. Anschließend präsentiert er den Vorschlag für einen Satz von Wohlstandsindikatoren der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“. Dabei ging er auch auf die daraus resultierenden Anforderungen an die amtliche Statistik ein.
- **Internationales**
Das Statistische Bundesamt informierte über aktuelle europäische Entwicklungen. Vertieft behandelt wurde das Mehrjahresprogramm 2013–2017, die FRIBS-Verordnung (Framework Regulation Integrating Business Statistics), robustes Qualitäts-



management, die neue ESS-Geschäftsarchitektur und die zweite Runde der Peer Reviews.

▪ Internationales Jahr der Statistik 2013

Das Statistische Bundesamt stellte die Ziele im Internationalen Jahr der Statistik vor. Diese sind die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung von Statistik in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Weiterentwicklung von statistiknahen Studiengängen und Berufen sowie die Förderung von Kreativität und Innovation in der Wissenschaft. Anschließend wurde für die beiden thematischen Webseiten www.statistics2013.org und www.statistik2013.de geworben.

▪ Sachstandsberichte zu den Projekten „Archivierungsmanagementsystem“ und „neuer Tarifindex“

Der Statistische Beirat begrüßt die Ergebnisse beider Projekte.

Die diesjährige [Pressemitteilung](#) des Statistischen Beirats wurde den zwei besonderen Anlässen „60 Jahre Bundesstatistik“ und „Internationales Jahr der Statistik 2013“ gewidmet.

17. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 15./16. Mai 2013 in Luxemburg



Am 15. und 16. Mai 2013 fand die 17. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg statt. Der AESS, das Amtsleitertreffen der EU-Mitgliedstaaten und des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), findet viermal im Jahr statt. Auf der Tagesordnung stehen regelmäßig wichtige statistische Rechtsakte und

strategische Fragen.

Die wichtigsten Ergebnisse in der Kurzzusammenfassung:

Dem AESS wurde ein weiterentwickeltes Konzept für das VIP-Programm des Europäischen Statistischen Systems (ESS) vorgelegt. „VIP“ heißt „Vision Infrastructure Projects“ und meint verschiedene Einzelprojekte, die dazu beitragen sollen, die ESS-Infrastrukturen der Produktion, Aufbereitung und Verbreitung von Statistiken im ESS zu optimieren. Im Wesentlichen sollen Mechanismen der Zusammenarbeit entwickelt werden, die es erlauben, Informationen und Dienstleistungen im ESS gemeinsam zu nutzen. Deutschland und auch andere Mitgliedstaaten bewerten das vorliegende Konzept als zu ehrgeizig. Kritische Punkte in diesem Zusammenhang sind insbesondere

- der Austausch von Mikrodaten (aus Gründen der statistischen Geheimhaltung),
- das geplante neue Produktionssystem (wegen der ungeklärten Finanzierung),
- die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips,
- die Abhängigkeiten innerhalb des VIP-Konzepts zwischen Querschnitts- und Fachaufgaben sowie
- die fehlende Prioritätensetzung.



Das Konzept wird auf einer Tagung der Generaldirektoren der Mitgliedstaaten im September 2013 grundlegend diskutiert.

Mit Bezug auf den revidierten „Code of Practice“, den Verhaltenskodex für die Statistik im ESS, entwickelt eine Task Force die Methodik für eine erneute Runde von „Peer Reviews“. Einige Mitgliedstaaten äußerten Bedenken hinsichtlich der mit dem Selbstbewertungsfragebogen verbundenen Belastungen – insbesondere für die Statistiker außerhalb der Nationalen Statistischen Ämter (NSÄ). Auch muss die Frage einer fakultativen oder verpflichtenden Einbeziehung der nationalen Zentralbanken geklärt werden. Als nächstes werden bis zum Herbst 2013 Pilotuntersuchungen in der Slowakei und Island durchgeführt, die eine hohe Bedeutung für den Abschluss der konzeptionellen Arbeiten haben. AESS und DGINS werden auf der Basis der Pilotergebnisse das weitere Vorgehen beraten. Der November-AESS 2013 soll das Konzept der „Peer Reviews“ verabschieden.

Der AESS nahm den Entwurf des Jahresarbeitsprogramms 2014 sowie die geplanten negativen Prioritäten überwiegend zustimmend zur Kenntnis. Von einigen Mitgliedstaaten – auch Deutschland – wurde kritisiert, dass bei wesentlichen Aktivitäten keine Einsparungen, sondern vielmehr Investitionen für die Umsetzung erforderlich sind. Von den Mitgliedstaaten wurde zudem eine noch stärkere Prioritätensetzung gefordert. Die Beratungen zum Programm, die im Detail parallel in einem schriftlichen Verfahren des AESS erfolgten, werden im September 2013 fortgeführt.

Der von Eurostat vorgelegte Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates zu einer verstärkten Qualitätssicherung für die sogenannten Scoreboard-Indikatoren zur Feststellung makroökonomischer Ungleichgewichte als Instrument einer verbesserten wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU wurde von mehreren Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – sowie von den Vertreter/-innen der Europäischen Zentralbank (EZB) und von Vertreter/-innen des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (AWFZ) kritisiert. Die Hauptkritikpunkte bezogen sich auf die Nichteinhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, eine bisher nicht ausreichende Einbeziehung der NSÄ und der nationalen Zentralbanken in den Beratungsprozess und die nicht ausreichende Feststellung, für welche der insgesamt elf Indikatoren zusätzliche Qualitätssicherungsmaßnahmen überhaupt erforderlich sind. Hier ist eine Bestandsaufnahme bereits bestehender Qualitätssicherungsmaßnahmen eingeleitet. Nicht berücksichtigt seien auch die zusätzlichen Kosten und Belastungen für die Mitgliedstaaten. Eurostat hat mittlerweile ungeachtet der von den Mitgliedstaaten geäußerten Bedenken den Verordnungsentwurf an Rat und Parlament zur weiteren Beratung weitergeleitet.

Ferner standen folgende Verordnungsentwürfe und Themen auf der Tagesordnung:

- Verordnung (EU) der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des EP und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen im Hinblick auf Statistiken über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung,
- Beschluss der Kommission über die Gewährung von Ausnahmeregelungen bezüglich der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des EP und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen für Belgien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Polen und Portugal,
- Überarbeitung der Verordnung zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen sowie



- Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des EP und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS).

Die nächste Sitzung des AESS findet am 26. September 2013 in Den Haag statt.

Konferenz Europäischer Statistiker (CES) vom 10. bis 12. Juni 2013 in Genf

Vom 10. bis 12. Juni 2013 fand unter dem Vorsitz von Irena Krizman, Generaldirektorin des slowenischen Statistikamts, die 61. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Genf statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Während ihrer Sitzung beschäftigt sich die CES traditionell in Seminaren eingehend mit zwei aktuellen Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden. In diesem Jahr waren die Seminare in jeweils zwei Sessions geteilt.

Seminar 1 „Herausforderungen bei der Implementierung des Systems der Umweltgesamtrechnungen (SEEA) und die Messung Nachhaltiger Entwicklung im Zusammenhang mit Rio+20“

Session I: Messung Nachhaltiger Entwicklung im Zusammenhang mit Rio+20

Im Jahr 2015 läuft die UN Strategie der Millennium Development Goals (MDGs) aus. Eine Herausforderung ist es nun, eine neue Strategie mit noch stärkerer Berücksichtigung nachhaltiger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Entwicklung durch die Festlegung entsprechender politischer Zielvorgaben (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erarbeiten (sog. UN „Post 2015 Strategy“). Auf inter-, supranationaler und nationaler Ebene gibt es bereits mehrere Ansätze zur Messung nachhaltiger Entwicklung. Als wichtige Beispiele werden die Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und das Projekt „GDP and Beyond“ auf EU-Ebene bzw. die Projekte „Measuring Progress of Societies“ und „Green Growth Strategy“ der OECD genannt. Auf nationale Projekte wurde in den schriftlichen Beiträgen Deutschlands, Frankreichs und Polens eingegangen.

Die CES betonte die Bedeutung der von der UN-Statistikkommission eingesetzten Friends of the Chair (FOC) Gruppe „Broader Measure of Progress“ mit dem Mandat der proaktiven Entwicklung eines konsistenten konzeptionellen Rahmens zur statistischen Messung der SDGs auf der Basis schon existierender Initiativen zur Messung nachhaltiger Entwicklung auf internationaler, supranationaler und nationaler Ebene, die bisher von einer großen Heterogenität in den zugrunde gelegten Ansätzen geprägt sind. Darüber hinaus wird die Kommunikation mit der politischen Ebene in der Entwicklung der SDGs in beratender Funktion Aufgabe der FOC Gruppe sein. Betont wurde auch die wichtige Koordinierungsfunktion der FOC Gruppe in der Zusammenarbeit der Vertreter/-innen inter- und supranationaler Organisationen mit den Vertreter/-innen der beteiligten Länder. Mehrere Delegierte hoben die Notwendigkeit hervor, dass das zu entwickelnde Konzept für die statistische Messung der SDGs das statistisch Machbare und nicht das statistisch Wünschenswerte berücksichtigen muss. Deutschland, vertreten durch das Statistische Bundesamt, ist Mitglied der FOC Gruppe.

Der deutsche Beitrag fokussierte sich im Wesentlichen auf den Aspekt des Dialogs zwischen Politik und Statistik am Beispiel des Nachhaltigkeitsberichts der Bundesre-



gierung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verantwortlichkeiten in den einzelnen Prozessschritten.

Session II: Die wichtigsten Herausforderungen bei der Implementierung des Systems der Umweltgesamtrechnungen (SEEA)

Die Verabschiedung des SEEA Central Framework als internationalen Standard für umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) durch die UN Statistikkommission in 2012 ist für die CES ein wichtiger Schritt für eine standardisierte Anwendung von Methoden und Inhalten der UGR im internationalen Kontext. In ihren Beiträgen präsentierten Mexiko, die Niederlande, Australien, das Vereinigte Königreich, Schweden und Aserbaidschan ihre nationalen Ansätze der Implementierung des SEEA. Die OECD präsentierte SEEA als Messwerkzeug für politische Themenstellungen, z. B. zur Messung von „Green Growth“.

Eurostat verwies auf die Aufnahme von drei neuen Modulen in die Verordnung über umweltökonomische Gesamtrechnungen in der EU. Dies sei Beleg für die Intention der Mitgliedstaaten der EU, die Vorgaben des SEEA Standards weiter zu implementieren.

Seminar 2 „Herausforderungen bei der Schaffungen von Mikrodatenzugängen für wissenschaftliche Zwecke“

Session I: Treiber für den Mikrodatenzugang

Der erste Teil des Seminars befasste sich mit den zunehmenden Forderungen aus allen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen nach Bereitstellung von Mikrodaten aus der Statistik. Grundlage waren Beiträge aus Australien, Finnland, dem Vereinigten Königreich, Estland sowie von Eurostat und der OECD.

Die Diskussion fokussierte sich auf die Definition von Mikrodaten in den Bereichen „open data“ und „big data“, die über den Bereich der Statistik hinausgehen. Technische, organisatorische und rechtliche Regelungen zur Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung bei der Verwendung statistischer Mikrodaten für wissenschaftliche Zwecke finden sich sowohl in den nationalen Systemen einzelner Länder als auch im europäischen Statistiksystem. Einige Vertreter der EU-Mitgliedstaaten bewerten den von Eurostat vorgestellten Ansatz kritisch, einen länderübergreifenden Mikrodatenaustausch einzuführen.

Session II: Wie sollen die Nationalen Statistischen Ämter antworten – von Vermeidung von Risiken hin zum Risikomanagement

In ihren Beiträgen beschreiben Australien, Brasilien, Kanada, Mexiko, die Niederlande, Dänemark und Italien ihre länderspezifischen Systeme der Bereitstellung von Mikrodaten für wissenschaftliche Zwecke und die ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung eines Missbrauchs von Mikrodaten im Sinne eines verstärkten Risikomanagements durch die nationalen Statistikämter. Im Vergleich von Art und Umfang der Bereitstellung von Mikrodaten und der Zulassungs- und Kontrollverfahren sind große Ähnlichkeiten festzustellen. Unterschiede resultieren aus differierenden nationalen rechtlichen Vorgaben zur Geheimhaltung. Im Falle der EU Mitgliedstaaten sind auch die rechtlichen Vorgaben der neuen Durchführungsverordnung der Kommission über den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke zu berücksichtigen, die erst in diesem Jahr verabschiedet wurde.

Einen innovativen Ansatz für die Analyse von Mikrodaten präsentierte Australien. Um der starken Nachfrage nach einem besseren, flexibleren und zeitnahen Zugang zu Mikrodaten für die Wissenschaft zu entsprechen, wurde ein IT-Programmpaket entwickelt, das es registrierten Wissenschaftler/-innen erlaubt, Internet-Anfragen beim australischen Statistikamt (ABS) zu stellen. Diese Anfragen werden mit Hilfe der Mikro-



daten bearbeitet, die auf dem Server des ABS gehalten werden. Die Ergebnisse werden in Echtzeit (on the fly) automatisch anonymisiert und den Wissenschaftler/-innen übermittelt.

Die hohen Standards für die Geheimhaltung von Mikrodaten in der Verantwortung der nationalen Statistikämter werden von der CES als essentiell für das generelle Vertrauen in die amtliche Statistik gesehen.

Die nächste Sitzung der CES findet vom 7. bis 11. April 2014 in Verbindung mit der Jahrestagung des OECD-Statistikkomitees (CStat) in Paris statt.

Sitzung des OECD-Statistikausschusses am 12. und 13. Juni 2013 in Genf

Am 12. und 13. Juni 2013 tagte in Genf der OECD-Statistikausschuss unter der Leitung von Martine Durand, der Leiterin der Statistischen Abteilung bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Die OECD versteht sich als Brücke zwischen den Industrienationen Nordamerikas, Europas und Asiens. Das im April 2004 auf Amtsleitererebene eingerichtete Statistikkomitee CStat tagt einmal jährlich – wechselnd in Genf und Paris – jeweils vor bzw. nach der Sitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) innerhalb der Vereinten Nationen. Wichtigste Aufgaben des OECD Statistikausschusses sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD,
- Sicherstellung hoher Qualitätsstandards für OECD-Statistiken,
- Genehmigung methodischer Empfehlungen und Annahme gemeinsamer Standards sowie
- Budget- und Programmplanung.

Die CStat sieht in der Harmonisierung der verschiedenen methodischen Ansätze und der für die Produktivitätsmessung in nationalen Ökonomien verwendeten Indikatoren eine große Herausforderung. Produktivitätsmessung ist insbesondere für die internationale Vergleichbarkeit ökonomischer Entwicklungen von großer Bedeutung. Die OECD hat in ihrem Bereich die Nutzung unterschiedlicher Ansätze zur Produktivitätsmessung festgestellt. Die verschiedenen Datenquellen (Arbeitskräfteerhebungen, Unternehmererhebungen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) erschweren eine konsistente Messung der Produktivität. Eine vollständige Harmonisierung wird nach Auffassung der CStat aber nur schwer zu erreichen sein. Deshalb ist die transparente Darstellung der methodischen Grundlagen und der genutzten Datenquellen essentiell für die Nutzer zur Bewertung der Ergebnisse. Die Konferenz fordert die zuständige Expertengruppe auf, ihre Arbeiten in dem o. a. Sinne fortzusetzen und dabei verstärkt die Nutzung unternehmensbezogener Mikrodaten für die Berechnung multifaktorieller Produktivität heranzuziehen.

Das Erfordernis einer verbesserten Messung des sogenannten „Sozialkapitals“ resultiert aus

- den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission,
- der OECD „How is life“-Initiative für die Bereiche sozialer Zusammenhalt und bürgerliches Engagement,



- der Notwendigkeit einer Verbesserung der Datenlage für Zwecke der Messung der Nachhaltigkeit von Wohlbefinden über einen längeren Zeitraum und
- dem großen politischen Interesse.

Die OECD-Statistikabteilung stellt das Projekt „Sozialkapital“ vor, das sich derzeit auf folgende Grundkomponenten stützt:

- die Zusammenfassung der Fragen von rund 50 nationalen und internationalen Erhebungen in einer Datenbank,
- die Bestandsaufnahme in Form eines Berichts, wie sich „Sozialkapital“ jeweils bezogen auf die „Einzelperson“ und auf die „Gemeinschaft“ definiert (wichtige Elemente sind dabei die Messung von Kommunikationskompetenz, die Integration in soziale Netzwerke, das bürgerliche Engagement und entscheidende Normen des Zusammenlebens, z. B. Vertrauen in politische und staatliche Institutionen und Werteeinstellungen),
- die Vorschläge zur weiteren Projektentwicklung (dazu gehören die Entwicklung einer internationalen Datenbank zur Verfügbarkeit von Daten zu den Aspekten „Vertrauen und Normen“ sowie die Einrichtung von Diskussionsforen mit allen Nutzern, z. B. OECD Weltforum 2015 in Mexiko).

Die OECD-Expertengruppe „On Disparities in the National Accounts“ (EGDNA) und die OECD-Expertengruppe „On Micro Statistics on Household Income, Consumption and Wealth“ (EGICW) beschäftigen sich mit der Weiterentwicklung der Statistiken zur Einkommensverteilung.

Die CStat begrüßte die von den Expertengruppen geleisteten Arbeiten und sieht folgenden weiteren Handlungsbedarf:

- eine verbesserte Anwendung bestehender „best practice“-Regelungen (z. B. Canberra Handbook on Household Income Statistics),
- eine Verbesserung der OECD Konventionen, z. B. bei der Verbuchung von Transfers und der Analyse unterschiedlicher Länderpraktiken,
- die Bereitstellung von Schätzungen auf der Ebene der Regionaldaten und
- die Verbesserung von Rechtzeitigkeit und Regelmäßigkeit zugrunde liegender Erhebungen.

Die CStat empfiehlt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der OECD, ihren Mitgliedsstaaten und anderen inter- bzw. supranationalen Organisationen (UN, UNECE, IWF, Eurostat). Darüber hinaus wird die Bildung eines gemeinsamen Forums zur strategischen Koordinierung der Arbeiten der beiden Expertengruppen (EGDNA, EGICW) in Erwägung gezogen.

Es wurde von der CStat begrüßt, dass die Fortschrittmessung der OECD Green Growth Strategy durch Anwendung des von der UN 2012 als allgemeingültigen internationalen Standard anerkannten Rahmenwerks für umweltökonomische Gesamtrechnungen (SEEA Central Framework) erfolgen soll. Bis Oktober 2013 soll über einen Satz von Kerntabellen, einschließlich einer Prioritätensetzung ihrer Anwendung, entschieden werden, damit noch in diesem Jahr mit ersten Datenlieferungen begonnen werden kann.

Die OECD Ratsentscheidung aus dem Jahr 2011 zur Veröffentlichungspolitik der OECD (Publication Review) sieht vor, bis Mitte 2015 die Grundsätze „kostenfrei“, „erreichbar“ und „offen“ umzusetzen. Dabei steht die Implementierung des OECD Portals als Zugangsschnittstelle (single entry point) mit entsprechenden Navigationshilfen für



eine kostenfreie Nutzung des Informationsangebots im Mittelpunkt. Die CStat begrüßte den vorgestellten Ansatz und die bisher geleisteten Arbeiten.

Die nächste CStat-Sitzung findet in Verbindung mit der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) vom 7. bis 11. April 2014 in Paris statt.

„Global Conference on the G-20 Data Gaps Initiative“ am 25. und 26. Juni 2013 in Washington D.C., USA

Im Auftrag der G20-Staaten haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und der Financial Stability Board (FSB) im Oktober 2009 den Bericht „Financial Crisis and Information Gaps“ vorgelegt. Dieser befasst sich mit Informationsdefiziten bezüglich der Risiken im Finanzsektor, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise identifiziert worden waren. Der Bericht enthält 20 Empfehlungen, die die Identifikation und die Überwachung der Risikoentwicklung im Finanzsektor sowie die grenzüberschreitende Kommunikation der amtlichen Statistik verbessern sollen.

Die Empfehlungen sind in vier Themenfelder untergliedert:

- (1) Risiken im Finanzsektor,
- (2) grenzüberschreitende Finanzverflechtungen,
- (3) Verwundbarkeit nationaler Ökonomien sowie
- (4) Kommunikation amtlicher Statistiken.

Die nationale Umsetzung dieser Maßnahmen wird in regelmäßigen Abständen durch bilaterale Besuche des IWF, schriftliche Umfragen und bei Konferenzen abgefragt.

Unter der Federführung des IWF und des FSB fand am 25. und 26. Juni 2013 die „Global Conference on the G-20 Data Gaps Initiative“ in Washington statt. In der Konferenz wurde der Fortschrittsbericht bezüglich der 20 Empfehlungen vorbereitet, der den Finanzministern und Zentralbankleitern der G-20 Staaten auf ihrem kommenden Treffen Ende Juli 2013 vorgelegt werden soll.

Diesbezüglich informierten verschiedene Ländervertreter über ihre bisherigen Fortschritte zur Erfüllung der 20 Empfehlungen. Viele Empfehlungen sind bereits vollständig bzw. teilweise umgesetzt. Es besteht aber weiterhin Verbesserungsbedarf bei der Erfüllung einiger Voraussetzungen, insbesondere bezüglich eines Beitritts systemrelevanter Länder zum sogenannten Speziellen Datenverbreitungsstandard Plus (SDDS Plus).

Das Statistische Bundesamt ist von den G-20 Empfehlungen in den Bereichen Sektorkonten, Staatsfinanzdaten und Immobilienpreise sowie im Entwicklungsprojekt zum Nachweis der Einkommens- und Vermögensverteilung im Rahmen der VGR und durch die Frage des möglichen Beitritts zum SDDS Plus betroffen. Hier sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die G-20 Empfehlungen zu erfüllen.

Aus deutscher Sicht sollten zunächst die Empfehlungen der G20 „Data Gaps Initiative“ abgearbeitet werden, bevor man neue Initiativen startet.



Außerdem sollte weiterhin auf ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis und eine Aufwandsreduzierung bezüglich der Versendung nationaler Daten an mehrere internationale Organisationen geachtet werden. Darüber hinaus sollte in Erwägung gezogen werden, Flexibilitätsoptionen zur Erfüllung der G20-Empfehlungen einzuführen, da einige Länder beispielsweise Probleme haben, die Anforderungen des SDDS Plus zu erfüllen.

Amtsleiterkonferenz in Bremen

Die Amtsleiterkonferenz (ALK) behandelte in ihrer Tagung am 25. Juni 2013 schwerpunktmäßig die strategischen Handlungsfelder des statistischen Verbundes und europäische Entwicklungen.

Zu Beginn der Tagung präsentierte das Statistische Bundesamt aktuelle Sachstände zur Umsetzung von ALK-Aufträgen sowie Berichte zur Verabschiedung des sogenannten E-Government-Gesetzes durch den Bundesrat, zur Freischaltung des Publikationservers „[Statistische Bibliothek](#)“ und zur Tagung der Dienstaufsichtsbehörden am 6. Juni 2013. Anschließend wurden die Ergebnisse und Empfehlungen des Abteilungsleitungs-gremiums Fachstatistik (ALG FS) vom 14. und 15. Mai 2013 behandelt. Von den 18 Tagesordnungspunkten des ALG FS wurden insbesondere Qualitätsmanagement und die Fortschreibung der Bevölkerung nach dem Zensus 2011 intensiver diskutiert. Das ALG FS ist auch mit der Umsetzung der strategischen Schwerpunkte im Verbund beauftragt. Somit folgte ein Bericht über den Umsetzungsstand der Maßnahmen und das Controlling. Eine Maßnahme aus dem Bereich der strategischen Schwerpunkte befindet sich zurzeit in einer wichtigen Phase und wurde deshalb als ordentlicher Tagesordnungspunkt in der ALK behandelt: Die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken. Zu diesem Projekt wurde der Projektstrukturplan von der ALK verabschiedet.

Europäische Themen auf der Tagesordnung waren die Vorbereitung der zweiten Runde von Reviews, ein Bericht über den Upstream-Dialogue-Visit (UDV), ein Bericht über den Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) und neue Vertragsmodalitäten für EU-Finanzbeihilfen.

Mit den Reviews wird regelmäßig in allen EU-Mitgliedstaaten die Umsetzung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken überwacht. Hierzu werden voraussichtlich ab Ende 2013 Selbstbewertungen mit einem abgestimmten Fragebogen durchgeführt. Anschließend finden Besuche bei den nationalen Datenproduzenten statt (in Deutschland: 33 Institutionen).

Aus dem AESS wurde insbesondere über das Jahresarbeitsprogramm 2014 mit negativen Prioritäten, die neue ESS-Geschäftsarchitektur, das VIP-Programm des ESS sowie über das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht berichtet (siehe Artikel auf S. 8 in diesem Heft) berichtet.

UDV ist eine Form von Gesprächsbesuchen, mit denen Eurostat die Qualität in den Staatsfinanzstatistiken überprüft. Bei UDV stehen vor allem die Basisstatistiken und ihre Datengrundlagen im Mittelpunkt. Eurostat besuchte deshalb nicht nur das Statistische Bundesamt, sondern auch das Hessische Statistische Landesamt. Außerdem wurden weitere öffentliche Institutionen eingeladen, die Daten an die Finanzstatistiken liefern. Der Besuch fand vom 18. bis 21. Juni 2013 statt. Voraussichtlich im Herbst 2013 ist ein zweiter UDV geplant, bei dem auch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg besucht wird.



Eurostat bietet für EU-Finanzbeihilfen künftig zwei verschiedene Vertragsmodalitäten an: „Einzelbegünstigter mit verbundenen Instanzen“ („Mono-Beneficiary with Affiliated Entities“) und „mehrere Begünstigte“ („Multi-Beneficiary Grant Agreement“). Die ALK hat sich dafür ausgesprochen, bis auf Weiteres bei Anträgen auf EU-Finanzbeihilfen das Statistische Bundesamt als „Einzelbegünstigten“ und die Statistischen Ämter der Länder als „verbundene Instanzen“ anzumelden.

Im Anschluss an die ALK fanden eine Sondersitzung des Lenkungsausschusses Optimierte Kooperation (LA OPTIKO) und die Lenkungskonferenz Zensus (LK Zensus) statt. Die nächste ALK tagt am 5. und 6. November 2013 in Wiesbaden.

Das Statistische Bundesamt auf dem Zukunftskongress in Berlin



„Man muss die Zukunft im Sinn haben und die Vergangenheit in den Akten“ – unter diesem Motto des bekannten französischen Staatsmanns Talleyrand stand die Eröffnungsveranstaltung des [Zukunftskongresses Staat & Verwaltung](#) in Berlin, der am 25. und 26. Juni 2013 im Berliner Congress Center abgehalten wurde. Die Schirmherrschaft für diese neue Leitveranstaltung für Verwaltungsmodernisierung und

E-Government hatte Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich.

An beiden Tagen wurde in insgesamt 52 Workshops und 15 Zukunftsforen referiert und diskutiert über die drängenden Problemstellungen einer modernen, für die Zukunft gut aufgestellten Administration in einem funktionierenden Gemeinwesen. Hier einige Beispiele aus dem Programm:

- „Warum ist Verwaltung attraktiv? – Herausforderungen der Personalpolitik im 21. Jahrhundert“
- „Wie öffentlich ist der öffentliche Dienst – Social Media für die öffentliche Verwaltung“
- „Die 4 Säulen eines sicheren und effizienten Rechenzentrumsbetriebs“
- „Vernetzte Verwaltung – horizontal und vertikal“

Einige Forumsveranstaltungen waren hochkarätig besetzt, u. a. mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, Prof. Dr. Dieter Hundt (Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA), Dr. Johannes Ludewig (Vorsitzender des Normenkontrollrates) und Dr. Klaus von Dohnanyi.

Im Rahmen des Workshops „Wirkungsvolle Verwaltungsmodernisierung durch Prozessmanagement – Erfolgreiche Praxisbeispiele in Zeiten von E-Government“ referierten zwei Mitarbeiterinnen des Statistischen Bundesamtes über das Thema „Benchmarking im Statistischen Bundesamt / Statistik ist doch gleich Statistik – oder?“. Darüber hinaus präsentierte sich das Statistische Bundesamt neben anderen Ge-



schäftsbereichsbehörden im Rahmen der Begleitausstellung mit einem Infocounter auf der Fläche des Bundesinnenministeriums.

Mongolei-Projekt – 6. Leitungstreffen in Wiesbaden



Vom 10. bis 12. Juni 2013 trafen sich die Amtsleitung des mongolischen Statistikamtes und hochrangige Weltbankvertreter unter Leitung von Präsident Roderich Egeler im Statistischen Bundesamt. Dabei standen der Projektverlauf des Weltbank-Twinning des ersten Halbjahres 2013 und die Erreichung von Zielvorgaben sowie die Planungen für die zweite Jahreshälfte im

Mittelpunkt der Gespräche.

Die Vertreter der Weltbank, Mustafa Dinc und Tserendagva Gerelgva, lobten die erreichten Erfolge und die Zusammenarbeit der mongolischen und deutschen Projektpartner. So haben die Beratungen des mongolischen Statistikamtes durch die Experten des Statistischen Bundesamtes zu zahlreichen Neuerungen im Partneramt in Ulan Bator geführt. Im Fokus stand insbesondere die Verbesserung der Kommunikation zwischen Datenproduzenten und -nutzern, die durch regelmäßige Informationsveranstaltungen und Fortbildungen der Datennutzer gestärkt wird. Das aktuelle Motto des mongolischen Amtes „Nutzerfreundliche Daten“ wird auch durch den Aufbau eines Informationsservice, einer Bibliothek und der Weiterentwicklung des Internetauftritts mit Leben gefüllt.

Seit Beginn des Projekts Ende 2010 wurden bereits 70 Prozent der Maßnahmen durchgeführt. Für das zweite Halbjahr sind elf Beratungseinsätze in Ulan Bator bzw. Studienbesuche in Wiesbaden geplant.



Besuch aus China im Rahmen der chinesisch-deutschen Klimapartnerschaft



Im Jahr 2009 vereinbarten die deutsche und die chinesische Regierung eine deutsch-chinesische Klimapartnerschaft. Gegenstand dieser Partnerschaft ist der fachpolitische Austausch

- zu nationalen Strategien,
- zur Bekämpfung des Klimawandels,
- zur Anpassung an den Klimawandel,
- zur Verbesserung von Energie- und Ressourceneffizienz in Produktionsprozessen,
- zu Kraftwerken und Gebäuden,
- zu erneuerbaren Energien und
- zu nachhaltigen Mobilitätskonzepten.

Auf Wunsch des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) empfing das Statistische Bundesamt am 4. Juni 2013 eine chinesische Delegation, die im Rahmen des vierten Treffens der Arbeitsgruppe zur bilateralen Klimapartnerschaft Deutschland besuchte.

Um die Einführung eines Emissionshandelssystems in China fachlich zu unterstützen, wurden neben einer Einführung in das System der amtlichen Statistik in Deutschland die deutschen Erfahrungen bei der Erhebung klimawirksamer Stoffe und die Rolle des Statistischen Bundesamtes bei der Emissionsberichterstattung präsentiert und mit den Gästen diskutiert.



Stellvertretender Leiter des russischen Statistikamtes zu Besuch



Seit 1999 findet im Rahmen der bilateralen Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem russischen Statistikamt (Rosstat) ein regelmäßiger Wissens- und Erfahrungsaustausch statt.

Vom 23. bis 25. April 2013 besuchten der stellvertretende Amtsleiter von Rosstat, Alexander Kewesch, und seine Delegation das Statistische Bundesamt. Im Fachprogramm wurden Vorträge zum Statistiksystem Deutschlands und zur deutschen Außenhandelsstatistik gehalten. Dabei standen die Klassifikation der Wirtschaftszweige, die Klassifikation der Außenhandelsstatistik und die Meldemöglichkeiten zur Intrahandelsstatistik im Mittelpunkt. Abschließend wurden die Ursachen für Asymmetrien und deren mögliche Bereinigung in den Daten zum bilateralen Handel zwischen Russland und Deutschland in 2012 besprochen.

Bereits im April hatten der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, und Sibylle von Oppeln-Bronikowski (Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“) das russische Statistikamt besucht mit dem Ziel der Intensivierung der langjährigen Kooperation beider Ämter und zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch über aktuelle amtspolitisch wichtige Themen wie die strategische Planung und die Datenqualität.

Amtsleiterbesuch aus Frankreich



Am 24. und 25. April 2013 besuchte Jean-Luc Tavernier, Amtsleiter des französischen Statistikamtes ([INSEE](#)), das Statistische Bundesamt. Für Jean-Luc Tavernier, der seit Anfang 2012 die Funktion des Generaldirektors von INSEE ausübt, war es der erste Besuch in Wiesbaden in seiner neuen Position. Er wurde von sechs leitenden Mitarbeitern seines Hauses begleitet.

In freundlicher und entspannter Atmosphäre wurden zahlreiche strategische und fachliche Themen diskutiert. Es wurde vereinbart, dass die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden Ämtern auf Leitungsebene und bei fachlichen Fragen intensiviert werden soll. Dies betrifft zum einen die Zusammenarbeit beider Ämter unter strategischen Gesichtspunkten in Fragen der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS). Zum anderen soll auch die bilaterale Abstimmung in fachlichen Fragen mit gemeinsamen Initiativen zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Ergeb-



nisse europäischer Statistiken und ggf. daraus resultierenden gemeinsamen Positionen in den Fachgremien des ESS ausgebaut werden.

Darüber hinaus einigten sich die Amtsleiter, dass der Austausch auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwischen beiden Ämtern im Rahmen von Berufspraktika verstärkt werden soll. Das nächste Treffen auf Leitungsebene, mit dem der regelmäßige Austausch zwischen INSEE und dem Statistischen Bundesamt fortgesetzt wird, findet im 4. Quartal 2014 in Paris statt.

Präsident begrüßt EU-Trainees und Mentoren zu Erfahrungsaustausch



Das Statistische Bundesamt engagiert sich seit über zehn Jahren im Trainee-Programm der EU – Zeit, eine Bilanz zu ziehen und sich in einem Gespräch mit den Protagonisten der aktuellen Runde auszutauschen. Am 28. Mai 2013 begrüßte Präsident Roderich Egeler hierzu die EU-Trainees und ihre Mentoren aus den Facheinheiten.

Das von Eurostat organisierte Programm richtet sich an Nachwuchskräfte aus den Statistikbehörden in EU-Beitrittskandidatenländern. Es bietet ihnen die Möglichkeit, drei- bis sechsmonatige Arbeitsaufenthalte in EU-Statistikämtern zu absolvieren. Die Trainees haben die Möglichkeit, ihren eigenen Aufgabenbereich aus einer anderen Perspektive kennenzulernen. Gleichzeitig bringen sie ihre eigenen beruflichen Erfahrungen ein und unterstützen damit die Arbeit des Hauses.

Das von Eurostat organisierte Programm richtet sich an Nachwuchskräfte aus den Statistikbehörden in EU-Beitrittskandidatenländern.

In der aktuellen Runde unterstützen vier Trainees das Statistische Bundesamt (drei aus dem türkischen Statistikamt und eine Kollegin aus Mazedonien). Die nächste Trainee-Runde ist für das erste Halbjahr 2014 geplant.

UNECE Work Session on the Communication of Statistics in Berlin

Mit der Feststellung „Kommunikation ist die Antwort auf Komplexität“ eröffnete Sibylle von Oppeln-Bronikowski (Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“ im Statistischen Bundesamt) die „UNECE Work Session on the Communication of Statistics“, die dieses Jahr in Berlin-Dahlem stattfand. Vom 27. bis 29. Mai 2013 trafen sich über 90 Kommunikationsexperten statistischer Ämter und internationaler Organisationen aller Kontinente. Diskutiert wurde über Themen rund um die Veröffentlichung von Statistiken, z. B. die Herausforderungen neuer und sozialer Medien, Kundenorientierung und die Rolle interner Kommunikation bei der Datenverbreitung.

Die [Ergebnisse und Präsentationen](#) sind auf der Internetseite der UNECE abrufbar.



Soziale Medien – Gegenstand und Instrument der Forschung



Am 27. und 28. Juni 2013 fand im Statistischen Bundesamt die wissenschaftliche Tagung zum Thema „Soziale Medien – Gegenstand und Instrument der Forschung“ mit insgesamt 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

„Soziale Medien sind Gegenstand der Forschung, weil sie als gesellschaftliches Phänomen aus dem Tagesablauf vieler Menschen nicht mehr wegzudenken sind.

Sie sind relevant für Verhalten, Einstellungen, speziell Informationssuche und Kommunikation“ stellte der moderierende ADM-Vorstandsvorsitzende Hartmut Scheffler in seiner Einführung fest.

Es handelte sich dabei um die zehnte gemeinsame wissenschaftliche Tagung und somit eine Jubiläumsveranstaltung, die vom Statistischen Bundesamt zusammen mit

- dem [Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.](#) (ADM) und
- der [Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.](#) (ASI)

veranstaltet wurde, wie Präsident Roderich Egeler in seiner Einführung betonte.

Der ADM, die ASI und das Statistische Bundesamt blicken mit diesen alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltungen somit auf 18 Jahre gemeinsamer Arbeit zurück.

Da soziale Medien nicht nur Instrument der Forschung, sondern in der universitären Sozialforschung wichtiger Gegenstand der Forschung sind, war es für die Veranstalter wichtig, im Tagungsprogramm einen Mix von Wissenschaftler/-innen und Forscher/-innen aus Markt- und Sozialforschung sowie amtlicher Statistik zu realisieren. Das Statistische Bundesamt war mit dem Vortrag „Amtliche Statistik und soziale Medien“ beteiligt. Aus dem Bereich der Marktforschung war u. a. Olaf Hofmann „Institut für Markt- und Kommunikationsforschung“ (SKOPOS) mit dem Vortrag „Methoden des Social Media Monitoring“ vertreten. Anhand eines konkreten Forschungsprojektes zeigte er Möglichkeiten, Limitierungen und Fallstricke einer Social Media-Analyse auf.

Die etablierte Reihe gemeinsamer wissenschaftlicher Tagungen beleuchtet Themenfelder, die für Marktforscher, Sozialwissenschaftler und amtliche Statistik gleichermaßen von Interesse sind. Sie bildet eine Basis für einen intensiven, persönlichen Informations- und Erfahrungsaustausch aller Beteiligten.

Das Programmheft mit den Kurzfassungen ist auf www.destatis.de abrufbar. Voraussichtlich im Herbst 2013 wird die ASI einen kostenpflichtigen Tagungsband mit den Langfassungen der Beiträge veröffentlichen.



Methoden der empirischen Sozialforschung in amtlichen Haushaltsstatistiken



Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) und das Statistische Bundesamt veranstalteten am 16. Mai 2013 den Workshop „Methoden der empirischen Sozialforschung in amtlichen Haushaltsstatistiken“.



Mit diesem Workshop waren v. a. Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft eingeladen, sich mit ihrer Expertise an der Weiterentwicklung des Systems der amtlichen Haushaltsstatistiken zu beteiligen. Vizepräsident Dieter Sarreither begrüßte die knapp 80 Teilnehmenden aus Wissenschaft, Verbänden, Statistischen Ämtern der Länder und vom Statistischen Bundesamt, die aktuelle Fragen und Entwicklungen hinsichtlich der Methoden der empirischen Sozialforschung in den amtlichen Haushaltsstatistiken erörterten.

Das Programm des Workshops umfasste insgesamt sechs spannende Fachvorträge.

Einleitend wurde mit dem im statistischen Verbund erarbeiteten und abgestimmten „Grundmodell“ die Architektur des künftigen Systems der amtlichen Haushaltsstatistiken vorgestellt. Im Anschluss präsentierte die Deutsche Bundesbank die in der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ angewandte Methodik zur Ziehung disproportionaler Stichproben. Ein Mitarbeiter des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) referierte zum Thema „Ausschöpfungsquote und Stichprobenqualität“. In den von ihm präsentierten Methodenexperimenten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) ging es u. a. um die Frage, wie die Beteiligungsbereitschaft der Bevölkerung an freiwilligen Erhebungen gesteigert werden kann. Die methodischen Herausforderungen bei der Erfassung von Bildung und Ausbildung waren Gegenstand des Vortrags eines weiteren GESIS-Wissenschaftlers. Dabei analysierte er Effekte von Fragebogenveränderungen zu diesem Themenbereich im Mikrozensus und untersuchte Mode- und Proxy-Effekte. Anschließend behandelte ein Wissenschaftler der Otto-Friedrich-Universität Bamberg das Thema Datenfusion. Er beleuchtete die theoretischen Grundlagen der Datenfusion und legte die Arbeitsschritte dar, welche zur erfolgreichen Durchführung einer Datenfusion umgesetzt werden müssen. Den Abschluss bildete ein Vortrag der Universität Trier über die Möglichkeiten der Small-Area-Methoden in deutschen Haushaltsstatistiken zur Erstellung kleinräumiger Ergebnisse.

Die wissenschaftlichen Beiträge der Referenten werden in einem Tagungsband zusammengefasst, der voraussichtlich im August 2013 beim SCIVERO Verlag erscheint.

Die Tagungsdokumentation mit den Vortragspräsentationen und dem Programmheft mit Kurzfassungen der Beiträge ist unter www.destatis.de verfügbar.

Leiterin der Abteilung F – Dr. Sabine Bechtold



Frau Dr. Sabine Bechtold leitet seit 2006 die heutige Abteilung F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“ im Statistischen Bundesamt. Ihre Laufbahn begonnen hat sie mit einer Ausbildung zur Assistentin der Markt- und Meinungsforschung im Institut für Demoskopie Allensbach. Anschließend folgten ein Studium der Volkswirtschaftslehre und eine Promotion an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Welche Stationen sie nach ihrem Einstieg in die amtliche Statistik 1990 durchlaufen hat, welche Herausforderungen sie sich für die Zukunft vorgenommen hat und wie sie nach Feierabend abschaltet erfahren Sie im folgenden Interview.

Sehr geehrte Frau Dr. Bechtold, Sie sind das Gesicht des Zensus 2011. Welche Stationen im Statistischen Bundesamt lagen auf Ihrem Weg dahin?

Angefangen habe ich in der heutigen Gruppe B 2, im „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“. Dort war ich relativ lange. Meine Schwerpunkte waren § 7-Erhebungen, die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und die Gründung des Forschungsdatenzentrums des Bundes, dessen Leitung dann Herr Prof. Dr. Zwick übernommen hat.

Nach dieser Zeit bei Gruppe B 2 ging ich in die Bevölkerungsstatistik, welche ich drei Jahre geleitet habe. Danach trug ich für ein Jahr die Verantwortung für die Preisstatistik und übernahm anschließend die Leitung meiner heutigen Abteilung.

Seit meiner Zeit in dieser Abteilung ist der Zensus ein sehr dominierendes Thema.

Die ersten Jahre des Zensus arbeiteten wir sehr intensiv intern an einem Verfahren für den Zensus, bis zum Januar 2008, als eine erste Pressekonferenz stattfand, um die Öffentlichkeit auf den kommenden Zensus vorzubereiten. Im Sommer 2010 fanden viele Journalistenworkshops statt, da ab Herbst 2010 die Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungszählung lief. Auch im Frühjahr 2011 und jetzt zur Veröffentlichung der ersten Ergebnisse führten wir noch einmal viele Presse- und Hintergrundgespräche. So kam es, dass unsere Pressestelle mich als das Gesicht des Zensus bezeichnet.

Welche Ereignisse des Zensus 2011 haben Sie besonders überrascht?

Ehrlich gesagt war ich überrascht, dass wir so hohe Abweichungen vom Fortschreibungsergebnis haben. Wir haben zwar damit gerechnet, dass wir mit der Fortschreibung 1,3 Millionen zu hoch liegen, das bezog sich aber auf den Zensustest, der 2001 bis 2003 durchgeführt wurde. Diese Ergebnisse sind also schon zehn Jahre alt und ich hätte erwartet, dass durch die Einführung der Steuernummer die Abweichung eher runter geht als hoch. Es haben sich natürlich in den letzten zehn Jahren weitere Fehler in die Fortschreibung eingeschlichen, aber den Korrektoreffekt durch die Steuernummer hätte ich größer erwartet.

Am 31. Mai wurde die Bevölkerungszahl veröffentlicht. Hatten Sie nach der Veröffentlichung eine kleine Auszeit?

Der Zensus ist noch nicht fertig. Wir haben ja nur die ersten Ergebnisse veröffentlicht. Von daher ging es auch wirklich direkt weiter. In der Woche nach der Veröffentlichung haben wir zum Beispiel mit den Dienstaufsichtsbehörden über das Thema Zensus und die Auswirkungen der Differenz zur Fortschreibung beraten. Bei der Projektleitung beraten wir, wie wir die Zensusergebnisse weiter auswerten und wie wir sie in die Bevölkerungsstatistik einbringen. Der Terminkalender ist also nach wie vor ziemlich voll.

Die europäische Rechtslage schreibt einen Zensus alle zehn Jahre vor. Was haben Sie sich für den Zensus 2021 vorgenommen?

Als erstes müssen wir die Evaluierung des Zensus 2011 abwarten, um zu sehen welche Lehren wir aus dem derzeitigen Modell ziehen können. Außerdem muss man sehen, dass zehn Jahre eine lange Zeit sind, in der sich die Datenlage der nutzbaren externen Quellen extrem ändern kann. Insofern ist es heute etwas früh, um zu sagen, wo wir hinwollen. Wir müssen abwarten, wie die Verwaltungsregister aussehen und welcher Datenbedarf besteht, bevor wir entscheiden, ob das Modell von 2011 auf 2021 übertragen werden soll.

Ein persönlicher Wunsch von mir wäre, dass wir das Anschriften- und Gebäuderegister nicht für jeden Zensus komplett neu aufbauen und hinterher löschen müssen. Zu dem Zeitpunkt, wenn wir das Register von diesem Zensus löschen, werden wir unmittelbar anfangen müssen mit dem Neuaufbau für den nächsten. Da wünsche ich mir Lösungen, die zu einem dauerhaften Anschriften- und Gebäuderegister führen. Das muss nicht zwingend ein Statistikregister sein. Denkbar wäre auch ein Verwaltungsregister, das für die Statistik genutzt werden darf.

Nun müssen alle Statistiken mit Bezug zur Bevölkerung auf die neue Basis des Zensus 2011 umgestellt werden. Wie gehen Sie dabei vor?

Zuerst integrieren wir die Zensusergebnisse in die Bevölkerungsstatistik im engeren Sinne, also die Bevölkerungsfortschreibung. Das machen wir stufenweise: Damit wir sehr zeitnah und unmittelbar mit dem Zensusergebnis auch eine aktuelle Fortschreibung haben, wird vorerst nur in reduzierter Form fortgeschrieben. So bringen wir die Bevölkerungszahl auf den aktuellen Stand, untergliedert nach Geschlecht und deutsch/nicht deutsch. Zum zweiten Veröffentlichungstermin Anfang 2014 werden wir belastbare Ergebnisse haben für einzelne Altersjahre der Bevölkerung, die wir fort-schreiben können. Danach werden wir die Bevölkerungsfortschreibung in voller Schönheit anbieten, also mit allen Untergliederungen, z. B. Familienstand und Staatsangehörigkeit. Wir warten also nicht, bis alle Details vorliegen, sondern bieten stufenweise das an, was möglich ist.

Das ist jetzt der Blick nach vorne. Wir müssen natürlich auch zurückrechnen. Das werden wir, je weiter es zurückgeht, immer kursorischer machen. Irgendwann wird nur noch die Gesamtbevölkerungszahl zurückgerechnet. Vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Europäische Union brauchen diese Ergebnisse. Aber auch andere Statistiken, die mit der Bevölkerungszahl hochrechnen, müssen mit den neuen Ergebnissen neu gerechnet und zum Teil auch zurückgerechnet werden. Z. B. für den Mikrozensus und für EU-SILC müssen wir bis 2008 rückwirkend neu hochrechnen (Anmerkung der Redaktion: EU-SILC ist die EU-Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und Europa). Wir werden auch eine neue Bevölkerungsvorausberechnung brauchen, die wir dann ab Ende 2014 vorstellen wollen. Auf die Bevölkerungsstatistik kommt jetzt ein riesiger Berg an Arbeit zu, weil sie im Prinzip alle ihre Daten neu justieren muss.

Welche Schwerpunkte werden Sie in Ihrer Abteilung in den kommenden Jahren setzen?

Nun muss der Zensus erst einmal fertig werden. Dann werden wir evaluieren und auswerten. Aber ich gehe fest davon aus, dass ich in dieser Zeit auch wieder stärker für die anderen Bereiche der Abteilung da sein kann. Wir haben die Steuerstatistiken und die Finanzstatistiken in der Abteilung, die auch massiven Veränderungen unterliegen. Die Finanzstatistik muss sich an die verschärften europäischen Anforderungen zur Qualität der Daten anpassen. Dort stehen wir sehr unter Beobachtung. Gerade Ende Juni fand ein Besuch von Eurostat statt, um die Finanzstatistiken und ihre Datengrund-

lagen zu überprüfen. Im Bereich der Steuerstatistiken wird ein neues steuerstatistisches Gesamtsystem umgesetzt, woran wir seit einigen Jahren arbeiten. Und auch der Bereich Mikrozensus muss sich nicht nur an die neuen Bevölkerungszahlen anpassen: Für die amtlichen Haushaltsstatistiken wird für die Zeit ab 2017 ein neues Modell vorbereitet, was auch intensive Arbeit für uns bedeutet. Mit der Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken kommen riesige Veränderungen auf den Mikrozensus zu. Es werden also keine ruhigen Jahre, nur weil der Zensus vorbei ist.

Zusätzlich zu Ihren Aufgaben im Statistischen Bundesamt sind Sie nebenamtliche Direktorin im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). Welche Aufgaben nehmen Sie dort wahr?

Ich tausche mich regelmäßig aus mit dem Direktor des BiB, Herrn Prof. Dr. Schneider, über fachliche Entwicklungen bei uns in der Bevölkerungsstatistik und bei ihm in der Bevölkerungsforschung. Zudem nehme ich an der Personalauswahl im höheren Dienst und an Kuratoriumssitzungen teil. Ich bin aber keine Stellvertreterin oder ähnliches. Der fachliche Austausch dient vor allem dazu, dass das BiB stets auf dem neuesten Stand bleibt, was die Zahlen angeht und dass wir wissenschaftlichen Input bekommen aus der Bevölkerungsforschung.

Für einige Zeit waren Sie auch stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte. Wie bewerten Sie die Erfolge des Statistischen Bundesamtes bei der Gleichstellung von Frauen und Männern?

Das hieß damals noch Frauenbeauftragte, nicht Gleichstellungsbeauftragte. Ich war in den ersten sechs Jahren nach Einführung dieser Funktion gemeinsam mit einer weiteren Kollegin als Stellvertreterin aktiv. Wir haben das zu zweit gemacht, weil wir für diese Tätigkeit nicht freigestellt wurden und es sonst zuviel geworden wäre. Wir haben sehr kämpfen müssen, damit das Thema überhaupt ankommt im Haus. Es wurde von vielen gar nicht als notwendig angesehen, da irgendetwas zu tun. Die ersten Jahre habe ich als ein Anrennen gegen Mauern empfunden. Wenn man das mal Revue passieren lässt und mit der heutigen Situation vergleicht, in der das Gleichstellungsthema überall angekommen ist und überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird, haben wir mittlerweile eine riesige Veränderung erreicht. Auch wenn man sich das Verhältnis von Männern zu Frauen anschaut in den verschiedenen Hierarchiestufen, sieht man überall ein positives Bild. Zum Teil haben wir überhaupt keine Unterrepräsentanz mehr. Im Moment haben wir bei den Abteilungsleitungen sogar die Mehrheit. Aber das kann sich natürlich auch schnell wieder ändern. Die Themen Gleichstellung und Repräsentanz von Frauen werden nicht mehr in Frage gestellt und wir haben an etlichen Stellen auch keine Defizite mehr. Was jetzt hochkommt als Thema ist Vereinbarkeit. Und das ist bei weitem nicht mehr nur ein Frauenthema, sondern zunehmend auch ein Männerthema. Immer mehr Väter nehmen sich Zeit für ihre Kinder und arbeiten in Teilzeit. Damit ist es also aus der Ecke des Frauenthemas heraus.

Zum Thema Vereinbarkeit passt auch unsere letzte Frage: Sie haben früher gerne Mode geschneidert. Machen Sie das noch?

Viel zu wenig, nach meinem Geschmack, sodass mein Stoffberg immer weiter wächst. Aber in diesem Winter habe ich mir einen Wintermantel genäht, das war mal wieder ein größeres Projekt. Es gibt Leute, die machen Yoga, um herunterzukommen, und ich setze mich an meine Nähmaschine. Da werde ich auch nicht müde. Irgendwann merke ich dann, dass es schon vier Uhr ist und ich dringend ins Bett muss.

Frau Dr. Bechtold, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. 

Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland



Am 9. Mai 2011 lebten in Deutschland nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen des Zensus 2011 80,2 Millionen Einwohner. „Gegenüber der bisher gültigen Bevölkerungs-

zahl aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung gab es am Zensusstichtag damit in Deutschland rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen“, sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, auf der Pressekonferenz am 31. Mai 2013, zur Vorstellung der Ergebnisse des Zensus 2011 in Berlin.

Von den rund 80,2 Millionen Einwohnern hatten am 9. Mai 2011 etwa 74 Millionen Personen (92,3 %) die deutsche Staatsangehörigkeit. Knapp 6,2 Millionen Einwohner (7,7 %) besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Der Vergleich der Zensusergebnisse mit den bisherigen Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zeigt bei den Deutschen mit – 0,6 % eine relativ geringe Abweichung (– 428 000 Personen). Bei den Ausländer/-innen hingegen lag die Differenz der Bevölkerungszahlen bei – 14,9 %, das sind nahezu 1,1 Millionen Personen weniger als bislang angenommen.

Insgesamt 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund lebten im Mai 2011 in Deutschland; dies entspricht knapp 19 % der Bevölkerung. Als Personen mit Migrationshintergrund zählen im Zensus 2011 alle Ausländer/-innen sowie alle Deutschen, die nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind oder mindestens einen nach 1955 zugewanderten Elternteil haben. Dieser Anteil variiert zwischen den Bundesländern stark. Den höchsten Anteil in den westlichen Bundesländern gab es mit 27,5 % in Hamburg, den geringsten Anteil in Schleswig-Holstein (11,7 %). In den östlichen Bundesländern liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchweg unter 5 %.

Im Mai 2011 gab es in Deutschland knapp 34 000 eingetragene (gleichgeschlechtliche) Lebenspartnerschaften, davon waren rund 40 % Lebenspartnerschaften von Frauen. Insgesamt lebten 5 700 Kinder in Familien, deren Eltern eine eingetragene Lebenspartnerschaft führten, die meisten davon (86 %) in Lebenspartnerschaften von Frauen.

In Deutschland waren zum Zeitpunkt des Zensus rund 40 Millionen Menschen erwerbstätig, 53,2 % Männer und 46,8 % Frauen. Die ermittelten Erwerbstätigenzahlen bestätigen damit im Wesentlichen die Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Die Erwerbstätigenquote, das ist der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 74 Jahren an der Bevölkerung im gleichen Alter, betrug 64,5 %. 2,1 Millionen Personen waren erwerbslos.

Zum Zensusstichtag hatten 35,6 % der Personen über 15 Jahren einen Hauptbeziehungswise Volksschulabschluss, 26,9 % besaßen die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und 28,3 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 4,4 % befanden sich am Zensusstichtag noch in schulischer Ausbildung. Ohne Schulabschluss sind nach den Zensusergebnissen 4,7 % der Bevölkerung über 15 Jahren, das sind 3,2 Millionen Menschen.

Am Stichtag 9. Mai 2011 gab es in Deutschland 19,1 Millionen Gebäude mit Wohnraum und 10 000 bewohnte Unterkünfte – das sind zum Beispiel Wohncontainer, Gartenlauben und fest verankerte Wohnschiffe. Die Zahl der Wohnungen insgesamt lag bei 41,3 Millionen. In Gebäuden mit Wohnraum ohne Wohnheime und ohne bewohnte Unterkünfte gab es 40,8 Millionen Wohnungen – das waren 500 000 mehr als in der bislang gültigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes.

Deutschland zeichnet sich im internationalen Vergleich traditionell durch eine niedrige Eigentümerquote aus, also den Anteil der bewohnten Wohnungen, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden. Zwar ist die Eigentümerquote in den letzten Jahren langsam aber kontinuierlich gestiegen – am Zensusstichtag betrug sie 45,8 %. Damit wohnte aber immer noch die Mehrheit der Haushalte zur Miete.

In Wohngebäuden liegt die Leerstandsquote in Deutschland insgesamt bei 4,4 % (ohne Wohnheime), im Osten ist sie allerdings höher als im Westen.

Ausführlichere Informationen zu den Ergebnissen des Zensus 2011 enthalten das Statement von Präsident Roderich Egeler zur Pressekonferenz sowie das zusätzliche Begleitmaterial, die im Internetangebot unter www.destatis.de verfügbar sind. Hier finden sich auch Tabellen mit zusätzlichen Informationen.

Die gesamten Zensusergebnisse können über die zentrale Zensusdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.zensus2011.de abgerufen werden.



Europa 2020: Fakten und Trends



In der Europa 2020-Strategie, mit der die EU-Staaten Beschäftigung und Wachstum in der EU bis 2020 fördern wollen, wurden politische Ziele vereinbart, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. Drei Jahre nachdem die Europa 2020-Strategie von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde, war der Europatag am 9. Mai 2013 Anlass, eine Bilanz der statistischen Messzahlen zu präsentieren: In welchen

Bereichen sind Fortschritte zu verzeichnen? Wo besteht noch Nachholbedarf? Und wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Erreichbarkeit der Europa 2020-Ziele aus?

Ob Geburtenzahlen, Steuereinnahmen, Verkehrsaufkommen oder Beschäftigungsentwicklung: Amtliche Statistiken bilden die Basis für viele weitreichende politische Entscheidungen.

Die Bilanz des bisher Erreichten fällt gemischt aus: Eines der Ziele besteht darin, Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % zu senken. In den Jahren 1990 bis 2010 hat die EU die Emissionen bereits um 15 % reduziert und ist derzeit auf Kurs, das selbst gesetzte Ziel einzuhalten. Rückschläge gab es bei dem Vorhaben, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen bis 2020 um 20 Millionen Menschen zu senken: Zuletzt stieg die Zahl aufgrund der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise von 116 Millionen im Jahr 2010 auf knapp 120 Millionen im Jahr 2011.

Mehr Informationen zur Europa 2020-Strategie sowie eine Bestandsaufnahme der Situation in den verschiedenen Mitgliedstaaten finden Sie in der Broschüre [Europa 2020 – Die Zukunftsstrategie der EU](#).

Abschlussbericht der Enquete-Kommission verabschiedet

Am 15. April 2013 hat die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ihren Abschlussbericht einschließlich der Wohlstandsindikatoren mit den Stimmen aller fünf Fraktionen einstimmig verabschiedet und veröffentlicht (siehe Abschlussbericht: [Teil 1](#) und [Teil 2](#)).

Die zehn Leitindikatoren sollen drei unterschiedliche Bereiche abdecken: materielle Wohlfahrt wird mit drei, Soziales und Teilhabe wird mit vier und Ökologie wird mit drei Indikatoren abgebildet. Die Indikatoren sollen z. B. die Entwicklungen bei der Einkommensverteilung, der Gesundheit, der Bildung, den demokratischen Freiheiten, auf dem Arbeitsmarkt sowie bei der Umweltqualität stärker beleuchten. Ergänzend werden sogenannte Warnlampen vorgeschlagen. Diese rücken in den Blick, sobald politisch bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Auch die nicht-marktvermittelte Arbeit, wie Hausarbeit, Kinderziehung, Pflege und ehrenamtliche Tätigkeiten, findet in diesem Rahmen einen Platz. Mitte Mai 2013 hat der Deutsche Bundestag über die Ergebnisse der Enquete-Kommission beraten.

Weitere Informationen zur Enquete-Kommission enthält [Heft 1/2013](#) (Seite 25) der Informationen aus der amtlichen Statistik.

Jahresbericht 2012



Anfang Mai ist der neue Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes erschienen. Die Zielgruppe des Jahresberichts sind politische Entscheidungsträger, Ministerien, andere Behörden, Verbände, weitere Statistikproduzenten und die interessierte Öffentlichkeit. Er soll aber auch für Leserinnen und Leser ohne statistische Fachkenntnisse verständlich sein und ihr Interesse an den (Dienst-)Leistungen des Statistischen Bundesamtes wecken.

Highlights des Jahresberichts 2012 sind wieder die Interviews, dieses Mal geführt mit Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann und dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Ulrich Schneider. Unter anderem wird über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), zehn Jahre Forschungsdatenzentren und die Finanzkrise berichtet.

Im Kundenprofil wird dieses Mal der Finanzdienstleister Bloomberg L. P. vorgestellt. Der Jahresbericht hat sich mit 60 000 Downloads mittlerweile zu einem der beliebtesten Downloadprodukte im Veröffentlichungsbereich entwickelt.

Der Jahresbericht 2012 steht kostenfrei im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.

Strategie und Programm: Was tut sich in der Statistik?



Es gibt fast 400 Bundesstatistiken – doch wie heißen sie und womit beschäftigen sie sich? Der aktuelle Strategie- und Programmplan 2013–2017 erklärt nicht nur, wie Bundesstatistik und europäische Statistik funktionieren. Er gibt auch einen Überblick über die thematische Bandbreite der Statistik: Von Agrarzensus bis Zeitbudgeterhebung beschreibt der Strategie- und Programmplan alle Bundesstatistiken, ihre Kosten sowie Vorhaben zu ihrer Weiterentwicklung. Die [Veröffentlichung](#) steht kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes als Download zur Verfügung.

Jahresbericht: Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung



Die Bundesregierung informiert in ihrem [Jahresbericht](#) vom 15. Mai 2013 mittels Analysen des Statistischen Bundesamtes über die Umsetzung des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“. Der Bericht zeigt, welche Fortschritte beim Abbau von Bürokratiekosten aus Informationspflichten in den vergangenen Jahren erreicht wurden und wie sich der gesamte Erfüllungsaufwand aus bundesrechtlichen Regelungen im Jahr 2012 verändert hat.

Die weitere Entwicklung der Bürokratiekosten der Wirtschaft zeichnet der neue [Bürokratiekostenindex \(BKI\)](#) nach, den das

Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr entwickelt hat. Er gibt an, wie sich die Bürokratiekosten der Wirtschaft aus Informationspflichten im Zeitablauf verändern, und wird monatlich fortgeschrieben. Datengrundlage ist die vom Statistischen Bundesamt geführte Datenbank über die Bürokratiekosten. Beschlüsse der Bundesregierung, die Auswirkungen auf die Bürokratiekosten der Wirtschaft haben, werden dokumentiert und im Verlauf des Index dargestellt. Zudem liegt erstmals für ein komplettes Kalenderjahr die Datenbasis zur Darstellung des Erfüllungsaufwands aus dem Gesetzgebungsprozess vor, die Analysen zum Entwicklungsverlauf ermöglicht.

In Zukunft wird die enge Zusammenarbeit von Bundesregierung und Statistischem Bundesamt im Bereich der Bürokratiekostenmessung um einen weiteren wichtigen Baustein ergänzt: Die Bundesregierung hat ein systematisches Evaluierungsverfahren für neue bundesrechtliche Regelungen beschlossen, bei dem das Statistische Bundesamt eine zentrale Rolle einnimmt. Das Statistische Bundesamt misst – zwei Jahre nach dem tatsächlichen Inkrafttreten einer Regelung – den ursprünglich geschätzten Aufwand nach.

Weitere Informationen zum Bericht der Bundesregierung, dem Bürokratiekostenindex und den Ergebnissen der Bürokratiekostenmessung stehen im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.



Bevölkerungsstatistik auf neuer Gesetzesgrundlage

Am 1. Januar 2014 tritt das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz – BevStatG) vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 826) in Kraft.

Das Bevölkerungsstatistikgesetz bedurfte einer grundlegenden Überarbeitung, um Unzulänglichkeiten des 1957 in Kraft getretenen Gesetzes zu beseitigen. So werden jetzt erstmals die zu erhebenden Hilfsmerkmale im Gesetz konkret benannt.

Das Gesetz sieht daneben sprachliche Anpassungen an das vor Jahren geänderte Scheidungs- und Kindschaftsrecht, an das 2009 in Kraft getretene Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie eine bessere Erfassung der Daten zur deutschen Staatsangehörigkeit vor.

Da die Lebenspartnerschaft durch die Reform des Personenstandsrechts als neuer Personenstand aufgenommen wurde, ist sie künftig als solcher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu erfassen.

Zudem werden weitere Änderungen berücksichtigt, die sich aus der Reform des Personenstandsrechts zum 1. Januar 2009 ergeben haben. So wird beispielsweise auf die Erhebung der Angaben zur Religion bei den Standesämtern verzichtet, weil diese dort nur noch eingeschränkt und nur auf besonderen Wunsch der Betroffenen eingetragen werden.

Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

Das Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1312) ist am 27. Mai 2013 im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Mit der Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) werden vor allem statistische Anforderungen der Europäischen Union erfüllt.

In der Statistik über die Schulden, Sicherheiten für Schulden und Finanzaktiva sind bei den Erhebungseinheiten, die nach der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 zum Sektor Staat gehören, differenzierte Daten zu Schuldenerlassen und -übernahmen zu erheben, um diese an Eurostat zu übermitteln.

Zur Erfüllung der europäischen und nationalen Anforderungen an Qualität und Transparenz müssen Finanzströme und -bestände innerhalb des Staatssektors und auch zwischen Einheiten des Sektors Staat und dem öffentlichen bzw. privaten Sektor vollständig erfasst und richtig klassifiziert werden. Ermöglicht wird dies durch die Einführung einer einheitlichen Datenbank zum Berichtskreismanagement.

Die neu geregelte rechtliche Zuordnung der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit unter die Erhebungseinheiten der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen spiegelt u. a. den Methodenwechsel wider, der in der Finanz- und Personalstatistik stattfindet.

Die Erhebung der Ausgaben und Einnahmen und der Schulden bei den Kernhaushalten sowie bei den kamental buchenden Extrahaushalten ist nunmehr zentral geregelt. Dies schafft Synergieeffekte.

Das Gesetz tritt vorbehaltlich einer Ausnahmeregelung am 1. Dezember 2013 in Kraft. Im Bereich der Schuldenstatistik tritt die Neuregelung zur Erhebung der vierteljährlichen finanziellen Transaktionen am 1. Januar 2015 in Kraft.



Steuerstatistiken: Umstellung auf jährliche Erhebung

Zum 30. Juni 2013 wurde das Gesetz über Steuerstatistiken geändert (Vgl. BGBl. I S. 1836; Art. 16 AmtshilfeRLUmG).

Für die amtliche Statistik und ihre Respondenten ergeben sich damit folgende Änderungen:

- Die Bundesstatistiken zur Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer, die bisher alle drei Jahre erhoben wurden, werden zukünftig jährlich erhoben. Die jährlichen Geschäftsstatistiken zur Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer werden eingestellt.
Mit diesen gesetzlichen Änderungen werden nun auch diese drei Bundesstatistiken in das Steuerstatistische Gesamtsystem überführt. Nach den Grundrätzen der zentralen Produktion und Datenhaltung erfolgt dann die Aufbereitung sämtlicher Steuerstatistiken durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in einem jährlichen Rhythmus.
Die Änderungen waren vorab mit den Finanzverwaltungen abgestimmt worden. Hier ändert sich insbesondere der Lieferweg. Die entsprechenden Daten wurden für die Geschäftsstatistiken bereits jährlich an das Statistische Bundesamt geliefert und werden nun von den Finanzverwaltungen an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt.
- Die Übermittlung von der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (ZfA) an das Statistische Bundesamt sowie die Auswertung der Daten über die Inanspruchnahme der Zulagen der staatlich geförderten kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente) werden zeitlich bis zum Veranlagungsjahr 2010 begrenzt.
Zukünftig werden die Daten zur steuerlichen Förderung und Zulagenförderung der Riester-Rente durch die ZfA ausgewertet.
- Einzelangaben aus der Einkommensteuer (Bundesstatistik) dürfen mit Einzelangaben aus der Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer zusammengeführt werden.
Diese Regelung stellt die Fortführung des Tax-Payer-Panels sicher.



Neue Kommunale Bildungsdatenbank verfügbar

Im Wintersemester 2011/2012 studierten in sieben von insgesamt 223 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten mit Hochschulstandorten mehr als 50 % der Studierenden in dem Kreis, in dem sie auch ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben hatten. Unter diesen sieben Kreisen war der Anteil in Berlin (59,3 %), München (59,1 %) und Hamburg (58,8 %) am höchsten. Auch in Kiel (54,9 %), Saarbrücken (54,3 %), Regensburg (51,9 %) sowie im Landkreis Gießen (51,2 %) lag er über der 50 %-Marke. Die Entscheidung für einen Studienort ist unter anderem von dem Hochschulangebot vor Ort und von der Attraktivität und Erreichbarkeit von Hochschulstandorten in angrenzenden Kreisen abhängig.

Diese und andere statistische Kennzahlen für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte sind ab sofort in der Kommunalen Bildungsdatenbank auf der Internetseite www.bildungsmonitoring.de verfügbar. Hier können Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schulstatistik, der Berufsbildungsstatistik und der Hochschulstatistik abgerufen werden. Zusätzlich stehen Daten zu den Rahmenbedingungen, in denen Bildungsprozesse stattfinden, zur Verfügung.

Hochschulen auf einen Blick 2013



Hochschulstatistische Kennzahlen, die es ermöglichen, die Hochschulsysteme der Länder im Hinblick auf wesentliche Leistungsmerkmale miteinander zu vergleichen, stoßen angesichts der Bologna-Reform und der damit verbundenen Diskussionen über die Qualität der Lehre an Hochschulen auf immer größeres Interesse.

In der Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“ werden die wichtigsten nationalen Kennzahlen zu Hochschulzugang, Absolventen, Personalstruktur und Betreuung, überregionaler Attraktivität sowie finanzieller Ausstattung der Hochschulen im Hinblick auf Berechnungsverfahren, Aussagekraft und zentrale Ergebnisse kommentiert und visualisiert.

Im Fokus der neuen Ausgabe von „Hochschulen auf einen Blick“ stehen Veränderungen und Trends, die sich seit der letzten Ausgabe abgezeichnet haben. Vorangestellt ist ein Überblick über das Hochschulsystem in Deutschland. Des Weiteren werden erstmals Daten über die Beschäftigungsverhältnisse des Hochschulpersonals in Deutschland dargestellt.

Die vorliegende Veröffentlichung bezieht sich ausschließlich auf nationale hochschulstatistische Kennzahlen, deren Definitionen und Abgrenzungen zum Teil von den internationalen Kennzahlen abweichen, die die amtliche Statistik jährlich an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefert. Ausführliche Tabellen zu nationalen und internationalen hochschulstatistischen Kennzahlen stehen im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung. Die im Internet angebotenen Publikationen enthalten ausführliche Definitionen der Kennzahlen und weiterführende methodische Hinweise.

„Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2013“ steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung.



Ausgaben für öffentliche Schulen 2010



Für die Ausbildung einer Schülerin oder eines Schülers an öffentlichen Schulen gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 durchschnittlich 5 800 Euro aus (2009: 5 500 Euro).

Je nach Schulart waren die Ausgaben je Schüler/-in unterschiedlich hoch: bei Grundschulen lagen sie bei 5 200 Euro, an Gymnasien und integrierten Gesamtschulen bei jeweils 6 600 Euro.

Die höchsten Ausgaben je Schüler/-in wurden für Thüringen (7 700 Euro) und Sachsen-Anhalt (7 100 Euro) ermittelt, die niedrigsten für Nordrhein-Westfalen (5 000 Euro) und Schleswig-

Holstein (5 200 Euro).

Bei einem Ausgabenvergleich zwischen den Bundesländern ist zu beachten, dass die Schulstruktur und das Unterrichtsangebot in den einzelnen Ländern differieren. Unterschiede gibt es zum Beispiel bei der Ganztagsbetreuung, den Betreuungsrelationen, der Besoldungsstruktur oder im Gebäudemanagement. So betreut beispielsweise in den meisten ostdeutschen Ländern eine Lehrkraft im Durchschnitt weniger Kinder als in Westdeutschland. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass wegen des Geburtenrückgangs in den 1990er Jahren die Schülerzahlen in Ostdeutschland gesunken sind, während die Zahl der Lehrkräfte nicht in gleichem Maße abgenommen hat.

In allen Ländern sind die Personalausgaben die dominierende Ausgabenkomponente für öffentliche Schulen. Hierauf entfielen im Bundesdurchschnitt 4 600 Euro, während für die Unterhaltung der Schulgebäude, Lehrmittel und dergleichen durchschnittlich 700 Euro sowie für Baumaßnahmen und andere Sachinvestitionen 500 Euro je Schüler/-in ausgegeben wurden.

Weitergehende Daten, insbesondere detaillierte Länderkennzahlen, stehen in der Publikation „Ausgaben je Schüler/-in 2010“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zum Download zur Verfügung.



Elterngeld: Väterbeteiligung mit 27,3 % auf neuem Höchststand



Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld löste das bis dahin gewährte Erziehungsgeld ab. Elterngeld steht allen Müttern und Vätern zu, die einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und mit ihrem Kind in einem Haushalt leben.

Der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, hat einen neuen Höchststand erreicht. Elterngeld bezogen Väter von 181 000 der insgesamt rund 663 000 im Jahr 2011 geborenen Kinder. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 27,3 %. Damit ist die Väterbeteiligung gegenüber dem Vorjahr noch einmal

deutlich um 2 Prozentpunkte angestiegen. Mütter bezogen in durchschnittlich 95 % der Fälle Elterngeld.

Die höchste Väterbeteiligung gab es wie schon in den letzten Jahren in Bayern (35,8 %) und Sachsen (35,6 %). Sie war dort somit mehr als doppelt so hoch wie im Saarland, das mit 17,5 % nach wie vor das Schlusslicht bildet.

Detaillierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik für im Jahr 2011 geborene Kinder sind im [Internetangebot des Statistischen Bundesamtes](#) abrufbar. Dort stehen auch die Ergebnisse zu allen 402 Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung.

Betreuungsschlüssel in Krippen: Im Westen besser als im Osten



Der Krippenausbau läuft auf Hochtouren: Denn ab dem 1. August 2013 haben Eltern für Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Neben dem zahlenmäßigen Ausbau ist aber auch die qualitative Frage wichtig: Wie groß sind die Krippengruppen, um die sich die Erzieherinnen und Erzieher kümmern?

Bundesweit betreute zum 1. März 2012 eine pädagogische Vollzeitkraft rechnerisch 4,8 Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren, die ganztags eine Krippe besuchen. Während der Personal-

schlüssel in fast allen westdeutschen Flächenländern deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, muss eine Vollzeitkraft in den neuen Bundesländern mehr als sechs Kleinkinder ganztags betreuen.

Detaillierte Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer (außer Berlin) sowie für altersgemischte Gruppen mit Kindern im Alter von 2 bis 7 Jahren bietet der neu erschienene Fachbericht „Der Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen“, der im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung steht und in dem auch die Berechnungsmethode ausführlich erläutert wird.

Jobs ohne Befristung – Für viele Jungakademiker nur ein Traum



STATmagazin

Immer noch gilt: Ein Studium ist der beste Schutz vor Erwerbslosigkeit. Gerade einmal gut zwei Prozent der Akademiker waren 2011 erwerbslos. Dennoch beginnen auch hochqualifizierte Arbeitnehmer ihr Berufsleben

häufig mit Zeitverträgen, bevor sie in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis wechseln können. Unter Akademikern besonders von Befristung betroffen ist der wissenschaftliche Nachwuchs an deutschen Hochschulen. Von den 25- bis 29-Jährigen waren dort deutlich mehr Personen befristet beschäftigt als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. Auch bei älteren Beschäftigten im Hochschulbereich sind die Anteile befristeter Arbeitsverträge überdurchschnittlich hoch.

Mehr Informationen zur befristeten Beschäftigung bei Jungakademikern in verschiedenen Branchen und im Vergleich zu anderen Bildungsabschlüssen bietet Ihnen das aktuelle [STATmagazin](#).



Erweiterter Tarifindex enthält erstmals Angaben zu Sonderzahlungen

Mit der Veröffentlichung der Pressemitteilung am 31. Mai 2013 liegen erstmals auch Angaben zur Entwicklung der Tarifverdienste einschließlich Sonderzahlungen vor. Mit dieser Erweiterung konnte ein lang bestehender Nutzerwunsch realisiert werden. Zeitgleich wurde die Abdeckung der Wirtschaftsbereiche und der Arbeitnehmergruppen ausgedehnt. Neu ist zudem die Berechnung des vierteljährlichen Tarifindex auf Grundlage der Monatswerte. Die endgültigen Ergebnisse werden viermal im Jahr – rund 60 Tage nach Beendigung des Kalenderquartals – veröffentlicht.

Der Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten misst die durchschnittliche Veränderung der tariflichen Monats- und Stundenverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Wochenarbeitszeiten. Er ist ein Maßstab für die allgemeine tarifliche Entgeltentwicklung und gehört zu den Indikatoren des IWF-Verbreitungsstandards. In seiner bisherigen Form informiert der Tarifindex über den Teil der Tarifverdienste, der dauerhaft und regelmäßig zu zahlen ist. Da der Berechnung eine konstante Gewichtung zu Grunde liegt und Tariferhöhungen meist längerfristig abgeschlossen werden, ist der Tarifindex vergleichsweise unempfindlich gegenüber kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen.

Mit dem nun zusätzlich verfügbaren Tarifindex einschließlich Sonderzahlungen werden auch die Veränderungen der unregelmäßigen Zahlungen, wie Einmalzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Beiträge zu vermögenswirksamen Leistungen oder zur betrieblichen Altersversorgung, berücksichtigt. Zudem werden anstelle von Vollzeitbeschäftigten nunmehr Vollzeitäquivalente berücksichtigt, d. h. alle Tarifbeschäftigten werden gemäß ihrem Arbeitszeitumfang auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Der neue Tarifindex berücksichtigt auch die Entwicklung der Beamtenbesoldungen. Zusätzlich wurde der Bereich Landwirtschaft einbezogen. Damit liegen erstmals Angaben zur Entwicklung der Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft vor, die für insgesamt elf Millionen Tarifbeschäftigte und Beamte gelten.

Parallel mit der Einführung der neuen IT-Anwendung fand die regelmäßig durchgeführte Neubasierung des Tarifindex statt. Grundlage für das neue Wägungsschema des Tarifindex – also für die Auswahl der einbezogenen Tarifverträge und der Anzahl der Arbeitnehmer – ist die Verdienststrukturerhebung 2010 sowie die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft für September 2010.

Mit dem zusätzlichen Tarifindex einschließlich Sonderzahlungen wird das Informationsangebot des Tarifindex erheblich erweitert und zugleich europäische Anforderungen erfüllt. Auf der European Policy Conference „Collectively agreed wages in Europe (CAWIE)“ zur Verfügbarkeit tarifstatistischer Daten in der Eurozone im Dezember 2012 in Brüssel, wurden die Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes sowie des italienischen Statistikamtes (Istat) als Best practice präsentiert.

Umfangreiche Informationen über die erfolgten Neuerungen wurden den Nutzern des Tarifindex über die [Fachserien](#) sowie das [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung gestellt. Um trotz der erfolgten Neubasierung des Tarifindex weiterhin Zeitreihen anbieten zu können, wurden ausgewählte WZ-Positionen (Lange Reihen) rechnerisch mit den bisherigen Zeitreihen verknüpft. Die kostenfreie Publikation [„Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten – Lange Reihen“](#) umfasst Angaben für über 40 Branchen. Über die Online-Version der [Tarifdatenbank](#) stehen den Nutzern zudem zahlreiche Informationen aus Flächentarifverträgen zur Verfügung.



Arbeitskosten in Deutschland und Europa 2012

Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft bezahlten im Jahr 2012 durchschnittlich 31 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Das deutsche Arbeitskostenniveau lag damit innerhalb der Europäischen Union auf Rang acht. Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft zahlten 32 % mehr für eine Stunde Arbeit als im Durchschnitt der EU. Im Vergleich zum Nachbarland Frankreich beispielsweise waren es aber 11 % weniger. Schweden hatte mit 41,90 Euro die höchsten, Bulgarien mit 3,70 Euro die niedrigsten Arbeitskosten je geleistete Stunde.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2012 durchschnittlich 35,20 Euro. Hier lag Deutschland im EU-weiten Vergleich auf Rang fünf. Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war 47 % teurer als im EU-Durchschnitt, aber 3 % billiger als in Frankreich.

In jedem Jahr des Zeitraums 2001 bis 2010 lag das Wachstum der Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft unterhalb des EU-Durchschnitts. In den Jahren 2011 und 2012 kehrte sich diese langfristige Entwicklung um: Die Arbeitskosten in Deutschland erhöhten sich stärker als in der EU. Dies zeigt sich auch bei einem Vergleich mit Frankreich: 2001 bis 2010 sind die Arbeitskosten in Frankreich um knapp 35 % und damit mehr als doppelt so stark gestiegen wie in Deutschland (+ 16 %). In den Jahren 2011 und 2012 lag der Anstieg in Deutschland (+ 5,9 %) leicht über der Zunahme in Frankreich (+ 5,4 %).

Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Im Jahr 2012 zahlten die Arbeitgeber in Deutschland in der Privatwirtschaft auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 27 Euro Lohnnebenkosten. Damit lagen die Lohnnebenkosten in Deutschland unter dem EU-Durchschnitt von 32 Euro. Im EU-weiten Ranking lag Deutschland im Mittelfeld auf Rang 16. Auf 100 Euro Lohn wurden in Schweden (51 Euro) und Frankreich (50 Euro) die höchsten und in Malta (10 Euro) die niedrigsten Lohnnebenkosten gezahlt. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

Zeitreihen für die Arbeitskosten in Deutschland, untergliedert nach Branchen, stehen unter dem Suchbegriff „Jahresschätzung Arbeitskosten“ in der Datenbank [GENESIS-Online](#) zur Verfügung.

Weitere amtliche EU-Statistiken sind beim EDS Europäischer Datenservice unter www.eds-destatis.de abrufbar.



T-Shirts, Jeans und Blusen – So viel Wasser steckt in unserer Kleidung



STATmagazin

Wenn die Jeans schmutzig ist, kommt sie in die Wäsche. Aber Wasser kommt schon lange vor der Kleiderwäsche zum Einsatz: Erhebliche Mengen werden für den Anbau von Rohbaumwolle und deren Weiterverarbeitung bis

zum Kleidungsstück gebraucht.

Die Wasserentnahme aus der Natur ist mit beträchtlichen Umweltbelastungen verbunden, insbesondere in denjenigen Lieferländern von Rohbaumwolle, die ihren Wasserbedarf überwiegend durch Bewässerungswasser decken müssen. So rücken neben den kritischen Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion, wie sie jüngst durch die Unfälle in Bangladesch sichtbar wurden, zunehmend auch die Umweltbelastungen in das Bewusstsein der Konsumenten.

Das [aktuelle STATmagazin](#) zeigt, wie viel Wasser in Baumwollkleidung steckt, die in Deutschland von den Verbrauchern konsumiert wird, erläutert die Berechnung des Wassergehalts und analysiert die Umweltbelastungen, die durch unseren Konsum in den Herkunftsländern der Baumwolle entstehen.

Verkehr auf einen Blick – Ausgabe 2013



Verkehr ermöglicht Mobilität: Er verbindet Menschen und Länder, realisiert den Austausch von Gütern und schafft damit eine wichtige Voraussetzung für unsere Lebensqualität. Die Kehrseite: Unfälle, Emissionen, Lärm.

Das Verkehrsaufkommen in Deutschland nimmt auf lange Sicht leicht zu. Vor allem aber legen sowohl Menschen als auch Güter im langfristigen Vergleich längere Entfernungen zurück. Die Globalisierung der Wirtschaft und unsere zunehmende Mobilität auch in der Freizeit begünstigen diese Entwicklung. Der Großteil des Verkehrs findet nach wie vor auf der Straße statt.

Für die Bereitstellung der Infrastruktur investiert der Staat stärker in den Verkehr als in jedes andere Politikfeld. Auch für Privathaushalte ist die Mobilität ein „gewichtiger“ Posten: Sie geben so viel Geld für ihre Mobilität aus wie für ihre Ernährung. Zwar besitzt die Mehrheit einen eigenen Pkw, doch nicht jeder Haushalt kann oder will sich das leisten.

Der Wirtschaftsbereich Verkehr kann seine Wertschöpfung trotz des gestiegenen Verkehrsaufkommens nur teilweise steigern. Verkehrsdienstleistungen boomen, dazu gehören zum Beispiel der Frachtumschlag, der Betrieb von Flughäfen, Häfen und Bahnhöfen sowie die Verkehrsvermittlung. Aber im Landverkehr, der im Verkehrsbereich die meisten Menschen beschäftigt, sinkt die Wertschöpfung tendenziell. Hier werden mehr Betriebe aufgegeben als gegründet.



Die Broschüre [„Verkehr auf einen Blick – Ausgabe 2013“](#) präsentiert aktuelle Ergebnisse über das Verkehrsaufkommen, Infrastruktur, Fahrzeugbestände und Ausgaben sowie den Verkehr als Wirtschaftsfaktor und negative Verkehrsauswirkungen und bietet Informationen zum Verkehr im internationalen Vergleich.

46. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

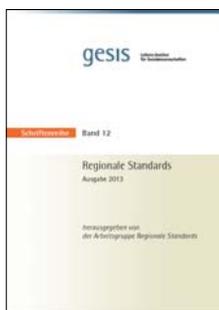
Die 46. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL) fand vom 24. bis 25. April 2013 in Husum statt.

Die Arbeiten zur VGR-Revision 2011 konnten weitestgehend abgeschlossen werden. Der Arbeitskreis fasste Beschlüsse zu den Freigabemodalitäten der Aggregate Produktionswert, Vorleistungen und Bruttoanlageinvestitionen. Im Rahmen der Kreisberechnungen diskutierte der Arbeitskreis die Rückrechnungsmethoden und tauschte sich über die Rückrechnungsergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt aus. Neben offenen Punkten der Revision 2011 auf Länder- und Kreisebene wurden die VGR-Revision 2014 angesprochen und Detailfragen seitens des Statistischen Bundesamtes erläutert.

Darüber hinaus wurde über die Ergebnisse der ersten Sitzung der neu gegründeten Arbeitsgruppe „WZ-Kennung“ der Arbeitskreise Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) und VGRdL vom 17. bis 18. April 2013 in Hannover informiert. Die Federführung der Arbeitsgruppe „WZ-Kennung“ liegt beim Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN). Verschiedene Konsequenzen, die sich aus unterschiedlichen WZ-Kennungen in einzelnen Basisstatistiken für die Gesamrechnungssysteme ergeben können, wurden aufgezeigt sowie die geplanten Arbeitsschritte dargelegt.

Die 47. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Thüringer Landesamt für Statistik ausgerichtet. Sie wird vom 13. bis 14. November 2013 in Erfurt stattfinden.

Neuaufgabe der Regionalen Standards erschienen



Nach der ersten Auflage aus dem Jahr 2005 ist nun die zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage der Regionalen Standards erschienen. Die Regionalen Standards beschreiben administrative und nicht-administrative Gebietsabgrenzungen sowie Instrumente der Typisierung von Regionen. Außerdem werden Daten der amtlichen Statistik und anderer Quellen dargestellt, die für die Regionalisierung von Bevölkerungsumfragen genutzt werden beziehungsweise als Beispiele für regionalisierte Daten dienen können.

Die hier vorgestellten Abgrenzungen, Instrumente und Daten werden von der amtlichen Statistik, der amtlichen Raubeobachtung sowie der Markt- und Sozialforschung zur Gebietstypisierung und als regionale Hintergrundvariablen genutzt. Die Regionalen Standards erschließen die teils schwer zugänglichen Quellen und bieten dem Nutzer einen Überblick über die Möglichkeiten der Regionalisierung von Umfragedaten.

Zusätzlich zur gedruckten Fassung (GESIS-Schriftenreihe Band 12: Regionale Standards, Ausgabe 2013, herausgegeben von der Arbeitsgruppe Regionale Standards, ISBN 978-3-86819-021-2, ISSN 1869-2869; 24,- EUR) werden die Regionalen Standards zusammen mit den Demographischen Standards online auf den [Internetseiten des Statistischen Bundesamtes](#), von GESIS (Leibniz Institut für Sozialwissenschaften), vom ADM, von der ASI und von BIK (**B**arrierefrei **I**nformieren und **K**ommunizieren) angeboten. Darüber hinaus werden dort – beginnend mit dem Jahr 2007 – Sonderauswertungen des Mikrozensus mit den Merkmalen der Demographischen Standards in der Vorspalte und ausgewählten regionalen Einheiten aus den Regionalen Standards in der Kopfzeile bereitgestellt.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Statistischer Beirat

Hans-Ulrich Benra vertritt den dbb – beamtenbund und tarifunion als ständiges Gastmitglied im Statistischen Beirat. Als Stellvertreter wurde Rüdiger Heß benannt.

Als ständige Vertreterin von Dr. Eveline von Gäßler (Bundesministerium für Bildung und Forschung) im Statistischen Beirat wurde Anja Hundrack benannt.

Statistisches Bundesamt

Leitende Regierungsdirektorin Angela Schaff, Leiterin der Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation“ wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“ beauftragt. Gleichzeitig übernimmt sie die Leitung der Zweigstelle Bonn.

Regierungsrätin Kerstin Hänsel wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats B 307 „WiSta, Datenreport“ beauftragt.

Regierungsrätin Birgit Lenweit, Referentin im Referat B 2-Projekt „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“, wurde in das Referat H 301 „Methodik der nationalen freiwilligen Haushaltserhebungen“ umgesetzt und mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats beauftragt.

Regierungsrat Jens Dechent, Referent im Referat D 301 „Agrar- und Baupreise, Bodenmarkt“, wurde in das Referat E 204 „Produktion der Industrie; Europäische ‚PRODCOM‘-Statistik; Fachstatistiken“ umgesetzt und mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats beauftragt.

Regierungsrat Oliver Bauer, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats E 308 „Kostenstruktur, Informationsgesellschaft“ beauftragt, wurde zum Oberregierungsrat ernannt, gleichzeitig wurde ihm die Leitung des Referats übertragen.

Direktor beim Statistischen Bundesamt Karl Müller, Leiter der Zweigstelle Bonn und Leiter der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“, wurde mit Ablauf des Monats April 2013 in den Ruhestand versetzt.

Regierungsdirektor Dr. Gerhard Stock, Referatsleiter im Bereich „Unternehmensregister“ der Gruppe E 1 „Unternehmensregister, Klassifikationen, Verdienste, übergreifende Unternehmensstatistiken“ (vormals IV A), wurde mit Ablauf des Monats April 2013 in den Ruhestand versetzt.

Oberregierungsrat Ulrich Greiner, Leiter des Referats D 106 „Produktionswerte, Inputstrukturen für Vorleistungen“, wurde mit Ablauf des Monats Juni 2013 in den Ruhestand versetzt.

Tagungskalender

April bis Dezember 2013

Termin	Ort	
8./9. April	Potsdam	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
9./10. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
9.–11. April	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
10./11. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
10./11. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
16. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
16. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
17. April	Wiesbaden	Sondersitzung der Amtsleiterkonferenz „Zensus 2011“
17./18. April	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
17./18. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
22./23. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energistatistik“
23.–25. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
24./25. April	Husum	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
25. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
26. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
29. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Wahlstatistik“
6./7. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
6.–8. Mai	Halle/ Saale	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
7. Mai	Wiesbaden	Sondersitzung der Amtsleiterkonferenz „Zensus 2011“
7./8. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“

Tagungskalender

April bis Dezember 2013

Termin	Ort	
14./15. Mai	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
14./15. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
23. Mai	Wiesbaden	Statistischer Beirat
4./5. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
11.–13. Juni	Bonn	Referentenbesprechungen „Sozialhilfestatistik“ und „Wohngeldstatistik“
13./14. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegerstatistik“
18./19. Juni	Hamburg	Arbeitskreis „Informationstechnik“
25. Juni	Bremen	Amtsleiterkonferenz
26. Juni	Bremen	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
26./27. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
2. Juli	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
3./4. Juli	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
25. Juli	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
12. September	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
17.–20. September	Berlin	Statistische Woche
19. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
23./24. September	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
24. September	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
24./25. September	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
9. Oktober	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“

Tagungskalender

April bis Dezember 2013

Termin	Ort	
14./15. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
16./17. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
16./17. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
23./24. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
24./25. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
Mitte/Ende Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
5./6. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
5./6. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
6. November	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
6./7. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
7. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Bevölkerungsvorausberechnungen“
12./13. November	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
13./14. November	Erfurt	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
13./14. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
13./14. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
Mitte November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“

Tagungskalender

April bis Dezember 2013

Termin	Ort	
Mitte November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
19./20. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
Ende November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
4./5. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
18. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“

Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Organisationsplan

Stand: 12. Juli 2013, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN

Personalausstellungen
Gesamtpersonal im Statistischen Bundesamt
Vorsitzender: Rolf Leidl 2075

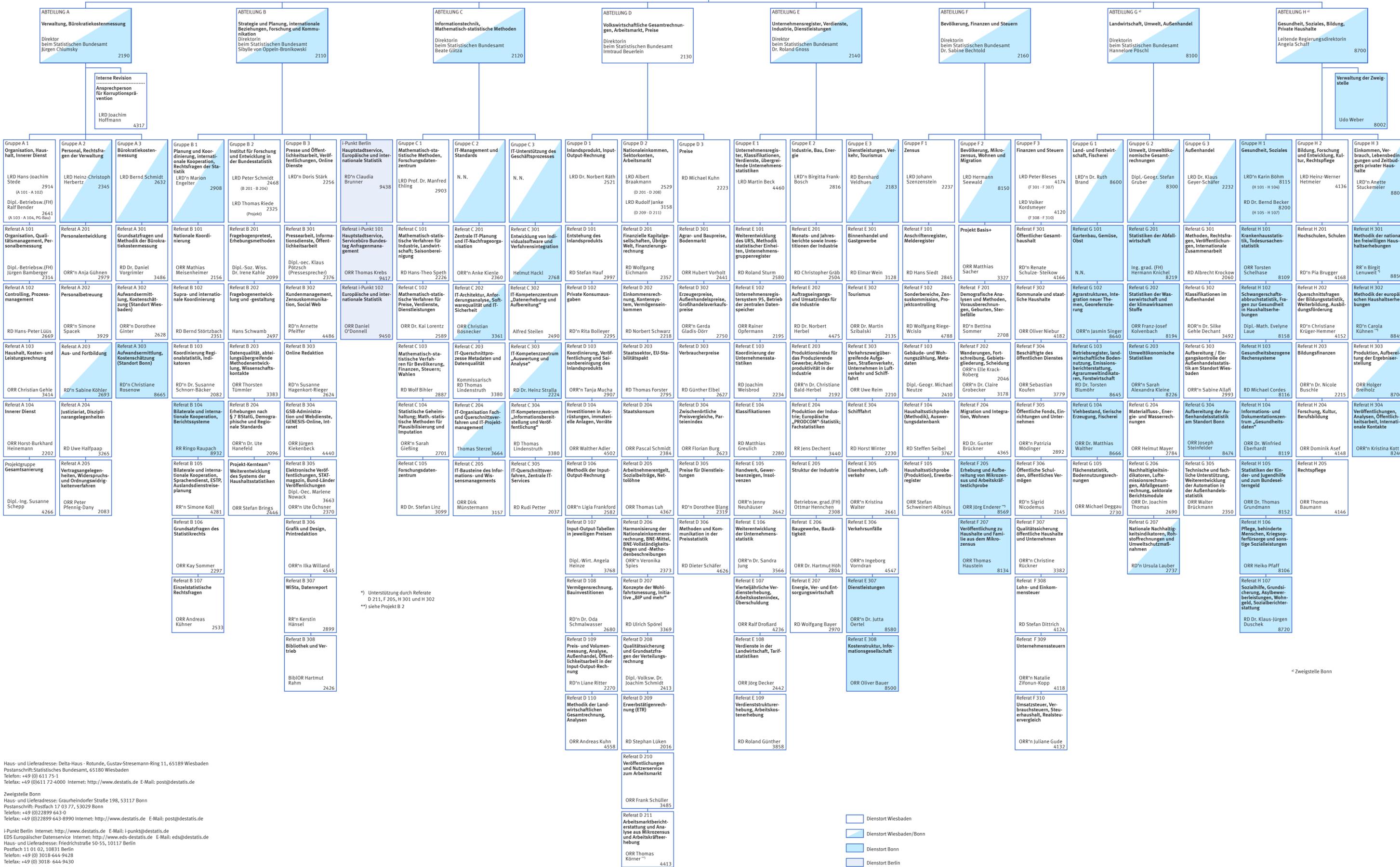
Gleichstellungsbeauftragte
ORR'n Heike Opfermann 4583
Zweigstelle Bonn
ROAR'n Annamaria Falter-Leitzen 8166

Datenschutzbeauftragter
LRD Joachim Hoffmann 4317
IT-Sicherheitsbeauftragter
RAR Michael Scholz 3732

Präsident
Roderich Egeler 2100
Vizepräsident
Dieter Sarreither 2200

Bundeswahlleiter
Präsident Roderich Egeler
Vertreter: Dieter Sarreither 2100 2200
Wahlen
RD'n Karina Schorn 2317

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Geschäftsführerin: RD'n Bigli Hein 4288
Vertreter: Dipl.-Volkw. Peter Kuntze 4639



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 75-1
Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: http://www.destatis.de E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
Telefon: +49 (0) 22899 643-0
Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: http://www.destatis.de E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin Internet: http://www.destatis.de E-Mail: i-punkt@destatis.de
EDS Europäischer Datenservice Internet: http://www.eds.destatis.de E-Mail: eds@destatis.de
Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Legend for office locations: Dienstort Wiesbaden, Dienstort Wiesbaden/Bonn, Dienstort Bonn, Dienstort Berlin